

TS aktuell

ZEITUNG FÜR TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

März - Mai 2012

Nr. 5 · 2. Jahrgang

Redaktion: SPD Tempelhof-Schöneberg • Feurigstraße 4 · 10827 Berlin • Tel. 030-781 22 83 · Fax 030-78 00 12 17 • redaktion@spd-tempelhof-schoeneberg.de • www.spd-tempelhof-schoeneberg.de



Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger, gut ein Vierteljahr nach Bildung der neuen Regierung in Berlin zeichnen sich einige Weichenstellungen ab, die auch für uns in Tempelhof-Schöneberg von Bedeutung sind.

Politik wird vor allem gemessen an den Bildungskonzepten, der Sicherung der Daseinsvorsorge und den Strategien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Zentrale Punkte der Regierungspolitik in den kommenden Jahren sind deshalb der Ausbau und die Qualitätssicherung der Kita-Plätze, eine bedarfsorientierte Bildungslandschaft und die Förderung beruflicher Ausbildungsmöglichkeiten. Diese Bereiche prägen unser Selbstverständnis und sind für nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche von großer Bedeutung.

Die Zahlengemeinschaft von SPD und Grünen im Bezirk ist gut gestartet. Mit den Schwerpunkten Bürgerbeteiligung und sozialräumliche Entwicklung soll die Distanz zwischen den Menschen und der Politik weiter abgebaut werden: Die politischen Diskussions- und Entscheidungsprozesse verstärkt zu den Anwohner/innen und in die Kieze zu tragen – das ist das erklärte Ziel.

Die Bezirksverordnetenversammlung und das Abgeordnetenhaus befassen sich zurzeit mit dem Haushalt für die Jahre 2012 und 2013. Die Neuverschuldung soll bereits bis 2016 abgebaut sein. Trotzdem sind die Finanzierung von mehr Kita-Plätzen oder der Bau einer Zentral- und Landesbibliothek auf dem Tempelhofer Feld geplant – bildungspolitische Meilensteine, auch für unseren Bezirk.

Die notwendige Konsolidierung und zukunftsweisende Investitionen, zum Beispiel in Bildung, gleichermaßen zu berücksichtigen ist die schwierige – aber machbare – Aufgabe, der sich der Senat wie der Bezirk stellen werden.

Mit dieser Frühjahrsausgabe der »TS aktuell« wollen wir Sie über diese und weitere Themen informieren – und ermuntern, sich in das politische Geschehen in Ihrem Kiez, unserem Bezirk und unserer Stadt einzubringen.

Ihre Dilek Kolat
Kreisvorsitzende der SPD
Tempelhof-Schöneberg

Die Mischung macht's

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt darf nicht zum sozialen Problem werden

Die Welt der Mieterinnen und Mieter in Tempelhof-Schöneberg scheint im Großen und Ganzen noch in Ordnung zu sein. Statistisch gesehen ist der Bezirk einer, in dem sich Wohnen und Leben noch leisten kann. Die durchschnittliche Nettokaltmiete bei Neuvermietungen von 6,23 €/m² liegt nur wenige Cent über dem berlinweiten Wert.

Genauer betrachtet lässt sich aber auch in unserem Bezirk eine Entwicklung beobachten, die Handeln erfordert. Halten sich Angebot und Nachfrage bei hoch- und mittelpreisigen Mietwohnungen noch einigermaßen die Waage, gibt es bei günstigen Mietwohnungen (bis 5,00 €/m² nettokalt) einen erkennbaren Mangel. Diese Situation wird sich laut aktuellem »Wohnungsmarktbericht« der Investitionsbank Berlin (IBB) in den nächsten Jahren tendenziell verschärfen.

Besonders an kleinen Wohnungen fehlt es. Der Anteil der Singlehaushalte nimmt zu, und viele ältere Menschen wohnen deshalb in einer (zu) großen Wohnung, weil sie sich eine kleinere mit neuem Mietvertrag und höheren Quadratmeterpreisen schlicht nicht leisten können.

Probleme verschieben sich

Diese Entwicklung wird auch durch eine Umfrage der IBB unter Wohnungsmarkexperten untermauert: Würden bis vor zwei Jahren als die wichtigsten Probleme auf dem Wohnungsmarkt noch Herausforderungen wie »soziale Probleme in der Nachbarschaft« genannt, treten jetzt wirtschaftliche Aspekte und die Zahlungsfähigkeit der Mieterinnen und Mieter in den Vordergrund. Ein Beispiel dafür ist das Aufeinandertreffen



FOTO · MONTAGE: KEGEL

von geringem Einkommen und stark steigenden Neben- und Betriebskosten.

Das Problem der so genannten zweiten Miete ist also nicht zu unterschätzen. Oft ist es nicht die Kaltmiete, die die Neuvermietung oder den Verbleib in einer Wohnung schwer oder unmöglich macht, sondern die gestiegenen Kosten für Strom, Gas oder Heizung. Doch auf diese haben weder die Politik noch die Vermieter oder die Mieter/innen selbst großen Einfluss. Umso wichtiger ist es, die Grundmieten auf einem tragbaren und sozial fairen Niveau zu halten.

Zeit zu handeln

Machen wir uns also nichts vor: Wenn nichts geschieht, ist es nur eine Frage der Zeit, bis auch in Tempelhof-Schöneberg Entwicklungen Platz greifen, die andere Teile der Stadt schon erfasst haben. Mit seiner – was den nördlichen Teil angeht –

innenstadtnahen Lage und der weiter wachsenden Attraktivität, etwa durch die Erschließung des Tempelhofer Feldes, wird der Bezirk in den kommenden Jahren ein gefragtes Zuzugsgebiet sein. Das ist gut und auch gewollt – darf aber nicht zu Verwerfungen in der Bevölkerungsstruktur führen, die in erster Linie durch die Einkommensverhältnisse der Bewohner/innen bestimmt werden.

Eine soziale Herausforderung

Des Geldes wegen eine Wohnung aufgeben zu müssen, bedeutet nicht nur den Verlust der eigenen vier Wände. Damit ist auch immer verbunden, aus den sozialen Kontakten, dem Kiez und der Nachbarschaft herausgerissen zu werden. Eine Verdrängung einkommensschwächerer Menschen in neu entstehende »Armutskieze« oder schlicht an den Stadtrand wird sich Berlin nicht leisten wollen

und können – weder menschlich noch mit Blick auf die sozialen wie finanziellen Folgen, die uns mit der Entstehung neuer Problem-Kieze einholen würden.

Berlin steht für Vielfalt, Toleranz, Lebendigkeit – die sprichwörtliche »Berliner Mischung«. Und in Tempelhof-Schöneberg haben gute nachbarschaftliche Kieze und generationengerechtes Zusammenleben erklärmaßen einen hohen Stellenwert. Das soll so bleiben.

Der Erhalt eines angemessenen und für alle bezahlbaren Wohnungsmarktes ist dafür eine der Grundlagen. Hier ist zweifelsohne politisches Handeln gefragt. Deshalb haben wir mit dem zuständigen Senator Michael Müller (SPD) darüber gesprochen, welche Ideen und Pläne er hat.

HANS G. KEGEL

► Interview · Seite 5

Haushalt mit Hindernissen

Berlin ist hoch verschuldet. Sparen ist angesagt. Trotzdem können berechnete Belange der Menschen und notwendige Investitionen nicht einfach ignoriert werden.

Auch die Bezirke müssen diesen Spagat leisten. Als Fusionsbezirk steckt Tempelhof-Schöneberg zudem – auch elf Jahre nach Zusammenlegung der ursprünglich eigenständigen Bezirke – noch im Prozess, vorhandene (teure) Mehrfachstrukturen abzubauen. Elke Ahlhoff, haushaltspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion in der BVV, gab uns einen Einblick in Ablauf und Ergebnis der gerade abgeschlossenen Haushaltsberatungen.

► Interview · Seite 3

UNSERE THEMEN

Kämpferisch: Geschäfte in Tempelhof Seite 2

Bilanziert: Zwei Jahre Schulreform Seite 3

Vorgestellt: Bezirksverordneter im Portrait Seite 4

Beteiligt: E-Partizipation als Chance Seite 5

Couragiert: Kampf gegen Rechtsextremismus

NULL TOLERANZ FÜR NAZIS! Seite 6

Engagiert: Selbsthilfe und Freiwillige Seite 7

Standhaft: Das kurze Leben der Eva-Maria Buch Seite 8

Gleiche Rechte, gleiche Chancen, gleicher Lohn!

101 Jahre »Internationaler Frauentag« – und noch lange nicht am Ziel

Der Internationale Frauentag ist eine gute, alte Tradition – das sagte eine Schönebergerin, als sie am 8. März am SPD-Stand gefragt wurde, was sie mit diesem Tag verbindet.

Auch nach über 100 Jahren ist der Frauentag nicht aus der Mode gekommen. Viele alltägliche Ungerechtigkeiten zeigen, wie wichtig es ist, dass der Frauentag weiter begangen wird: Der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen beträgt in Deutschland durchschnittlich 23%, die Führungsetagen in der deutschen Wirtschaft sind immer noch überwiegend mit



AUFGESCHRIEBEN | Gedanken zum Frauentag

FOTO: AKH

Männern besetzt, und Frauen haben aufgrund der schlechten Vereinbarkeit von Familie und Beruf häufiger als Männer prekäre Teilzeitbeschäftigungen

oder Mini-Jobs. Die SPD Schöneberg fragte Passantinnen nach ihrer Meinung zum Frauentag: Gleiches Geld für gleiche Arbeit, mehr Gleichstellung, eine Quote

für Führungspositionen waren Forderungen, die immer wieder genannt wurden. Auch viele Männer und Frauen mit Migrationshintergrund äußerten sich. Hier stand der Wunsch nach einem Ende der Diskriminierung von Frauen in ihren Heimatländern im Vordergrund.

Bis zur Gleichstellung ist es noch ein weiter Weg

Die Botschaften des Tages hingen in vielen Sprachen für alle sichtbar auf der Straße. Nach diesem Tag ist umso mehr klar, dass die Forderung nach mehr Gleichstellung keine stetig wiederholte Floskel ist, sondern die

Lebenswelt von Frauen tatsächlich betrifft und diese auch verändern kann. Wir brauchen einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn, denn der Niedriglohnssektor ist weiblich. Laut einem Bericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sind 68% der Geringverdienenden Frauen.

Wir brauchen ein Gesetz für tatsächliche Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen und wir brauchen ein Gleichstellungsgesetz für bessere Aufstiegschancen in der Privatwirtschaft. Es gibt noch viel zu tun – packen wir es an!

ANNE-KATHRIN HELMSTORF

STADTBAD SCHÖNEBERG

Seitdem das Stadtbad Schöneberg im Jahr 2009 für eine Kernsanierung geschlossen wurde, warteten die Schönebergerinnen und Schöneberger auf dessen Wiedereröffnung.

Diese verzögerte sich wegen neu hinzugetretener Baumaßnahmen immer wieder. Am 20. Januar 2012 war es aber soweit, und das Warten – insbesondere für die Kleinen – hatte ein Ende: Das Stadtbad öffnete wieder seine Pforten, mit neuem Namen: Das denkmalgeschützte Gebäude trägt künftig den Namen des früheren Unterhaltungschefs beim RIAS, Hans Rosenthal. Rosenthal hatte im Stadtbad Schöneberg schwimmen gelernt – jedoch erst mit 25 Jahren, da es Juden unter den Nazis verboten war, öffentliche Schwimmbäder zu benutzen. Die Namensgebung ist ein klares Zeichen gegen Antisemitismus und für eine offene Gesellschaft. **AKH**

LASSEN PARK

Die gute Nachricht könnte lauten: CDU und Grüne haben sich einen Ruck gegeben und den Baustopp im Lassenpark in der Februar-Sitzung der BVV nach 15 Monaten aufgehoben.

Leider stimmt dies nur zum Teil. Zwar wird ein Teil des Parks weitergebaut, und auch die Absperrungen werden ein wenig zurück genommen. Der Zaun um den Hauptzankapfel aber bleibt.

Es geht weiterhin um die Frage, ob ein Teil des Weges zur Belziger Straße gerade oder geschwungen gebaut werden soll. Da ein geschwungener Weg der ursprünglichen Ausschreibung entspricht, könnte trotz der derzeitigen faktischen Haushaltsperre in Berlin Ende März mit dessen Bau fortgefahren werden. Da die CDU und die Grünen stattdessen eine gerade Wegführung für unverzichtbar halten, muss der zuständige Stadtrat Daniel Krüger (CDU) bis Ende Juli warten, bis er mit Vorliegen des Haushalts mit dem Weiterbau beginnen kann. Solange plus der Bauzeit bleibt der Rohbau des Weges eingezäunt.

Mittlerweile ist auch der Rechnungshof auf die Park-Posse aufmerksam geworden. Er prüft, ob der schwarz-grüne Baustopp zu einer Verschwendung von Steuergeldern geführt hat. **AXEL SELTZ**

TSaktuell

ZEITUNG FÜR TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Herausgeber

SPD Tempelhof-Schöneberg
Feurigstraße 4 · 10827 Berlin
Tel. 030 / 781 22 83
Fax 030 / 78 00 12 17

Mail: redaktion@spd-tempelhof-schoeneberg.de

V.i.S.d.P.: Dilek Kolat

Redaktion dieser Ausgabe

Anne-Kathrin Helmstorf
Hans G. Kegel · Melanie Kühnemann
Eva Liebchen · Harald Rossa
Petra Rudolphi-Korte · Ingo Siebert
Athanasios Vassiliou · Katrin Wolter
Frank Zimmermann

Mitarbeit an dieser Ausgabe

Elke Ahlhoff · Daniel Behrendt
Matthias Geisthardt · Christoph Götz
Manuela Harling · Annette Hertlein
Marijke Höppner · Michael Radeloff
Jan Rauchfuß · Mechthild Rawert
Axel Seltz

Satz und Layout · Hans G. Kegel
Druck · Henke Pressedruck, Berlin
Foto · © mipan - Fotolia.com (S. 3)

TS aktuell wird kostenlos in Tempelhof-Schöneberg verteilt.

Ladensterben – Siechtum ohne Ende?

Ein Gespräch mit Jürgen Müller, von 1991 bis 2012 Vorsitzender der »Arbeitsgemeinschaft Selbständige« der SPD

TS aktuell: Herr Müller, am 15. November feiern Sie das 50-jährige Jubiläum Ihrer Druckerei in der Manfred-von-Richt-hofen-Straße. Seit vielen Jahren beobachten Sie, wie ein altingesessenes Geschäft nach dem anderen schließen muss. Wie konnte es dazu kommen?

Jürgen Müller: Ein wesentlicher Grund sind die Mieten. Nach der Wende haben viele Hausbesitzer plötzlich drastische Erhöhungen gefordert, die von den Ladenbesitzern nicht erwirtschaftet werden konnten. Dazu kam das veränderte Einkaufsverhalten junger Familien, die lieber mit dem Auto in die neuen Einkaufszentren fahren. Als dann die Postfiliale geschlossen wurde, gingen die Umsätze der Läden weiter zurück. Wir hatten hier 50 Selbstständige, inzwischen stehen zwölf Läden leer.

Was heißt das für den Kiez?

Es ist ja überall in Berlin dasselbe: Früher kannte man den



ECHTES HANDWERK | Jürgen Müller in seiner Buchdruckerei FOTO: RUDOLPHI-KORTE

Bäcker, den Metzger, traf dort die Nachbarn. Dieses nachbarschaftliche »Kiez-Gefühl« ging

verloren. Auch die Ansiedlung zahlreicher Gastronomiebetriebe kann diese Lücke nicht füllen.

Und das Ladensterben ist ansteckend: Zunehmender Leerstand führt zu weiterer Abwanderung.

Welche Lösungsansätze haben Sie als Vorsitzender der »AG Selbständige« verfolgt?

Wir haben versucht, die Ladenmieten zu begrenzen – durch alle Parteigremien bis zum Bundesrat. Ich zähle auch die kleinen Betriebe mit weniger als zehn Angestellten zum Mittelstand, die Säule der Gesellschaft. Schließlich gibt es da die meisten Arbeitskräfte und Ausbildungsplätze. Trotz Zustimmung des Bundesrats scheiterte aber das Gesetz im Bundestag.

Es gab immer wieder private Initiativen und politische Projekte. Seit über 10 Jahren verlangen alle Parteien, unterstützt durch die Medien, die Stärkung kleinerer Geschäfte. Wir haben z. B. einen Lohnkostenzuschuss für Betriebe mit bis zu zwei Angestellten durchgesetzt. Eigentlich ist die SPD gegen eine Subventionierung der Privat-

wirtschaft, aber in diesem Fall erwies es sich als sinnvoll und wurde auch gut angenommen. Auch die Förderung von Unternehmensgründungen, zum Beispiel durch günstige Kredite, steht auf unserem Programm.

Natürlich ist gegen schlechte Betriebsführung, ein falsches Konzept oder ein nicht mehr zeitgemäßes Sortiment kein Kraut gewachsen.

Wie wird es jetzt weitergehen?

Ich habe den Staffelnstab weitergegeben an Jürgen Link, den neuen Vorsitzenden der »AGS«. Dem Vorstand gehören nun zum ersten Mal auch zwei junge Frauen an, die BVV-Delegierte Annette Hertlein und Hannelore Herlan. So kommt neuer Schwung in unsere Aktivitäten, und ich bin gespannt auf ihre Ideen. Jeder, der mitmachen will, ist herzlich eingeladen!

PETRA RUDOLPHI-KORTE

► »AGS«-Kontakt: juergenlink2@mobileemail.vodafone.de

Licht in Lichtenrade!

Kinder und Jugendliche im Einsatz für ihren Kiez

Eine bessere Schulwegbeleuchtung erreichte das gemeinsame Engagement von Kinder- und Jugendparlament, Politik und Wirtschaft. Seit Februar gibt es vier neue LED-Leuchten an der Barnetstraße neben der Carl-Zeiss-Schule in Lichtenrade. Eine bisher einmalige Sache, sowohl technisch als auch, was das gemeinsame Engagement vieler angeht.

Am Anfang stand ein Antrag des Kinder- und Jugendparlaments des Bezirkes Tempelhof-Schöneberg: Mehr Licht für den Schulweg zur Carl-Zeiss-Schule

in Lichtenrade. Die BVV Tempelhof-Schöneberg unterstützte den Antrag der Kinder und Jugendlichen und leitete ihn an die zuständige Senatsverwaltung für Stadtentwicklung weiter. Diese bestätigte, dass die drei vorhandenen Leuchten ein hohes Alter mit einer geringen Lichtausbeute haben und fragte bei den in Tempelhof ansässigen Firmen um Unterstützung nach.

Breite Unterstützung

Die Firma Semperlux AG in Marienfelde, die auch eine Kooperationsvereinbarung mit der

Carl-Zeiss-Schule hat, erklärte sich bereit, die Leuchten kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Ein Konzept über die Art der Ausführung wurde erarbeitet und die Selux-Leuchte »Olivio« mit LED-Bestückung ausgewählt. Künftig werden vier neue LED-Leuchten den Schulweg beleuchten. Vattenfall als Energieversorger übernahm die elektrische Anschlussleistung und die Firma Braun Lighting Solutions aus Berlin-Lankwitz die kostenlose Montage der Leuchten und Technik.

Mitte Februar wurde dann im Beisein des Senators für Stadtentwicklung und Umwelt, Michael Müller, und der Bürgermeisterin des Bezirkes Tempelhof-Schöneberg, Angelika Schöttler, die neue Schulwegbeleuchtung in Betrieb genommen. Senator Michael Müller: „Ich freue mich, dass dieses Projekt von der Anregung des Kinder- und Jugendparlaments über die gute Zusammenarbeit bei der Konzeptentwicklung bis hin zu der wichtigen Unterstützung durch engagierte Gewerbetreibende realisiert werden konnte.“

INGO SIEBERT

Kinder- und Jugendparlament

Im Kinder- und Jugendparlament kommen Kinder und Jugendliche aus den Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen aus Tempelhof-Schöneberg zusammen, um Kommunalpolitik aktiv mitzugestalten. Sie haben ein Antragsrecht für die Bezirksverordnetenversammlung und befassen sich z. B. mit der Ausstattung von Schulen und Freizeiteinrichtungen, dem Bau oder Umbau von Straßen, Spiel- und Sportplätzen, der Ausrichtung von Veranstaltungen und vielem mehr.

► www.kjp-ts.de



SPOT AN! | Senator Michael Müller (r.) und Mitglieder des Kinder- und Jugendparlaments bei der Einweihung der neuen Leuchten FOTO: SENATSVERWALTUNG

GLEICH UM'S ECK · LÄDEN IM KIEZ

Bücher von Menger



LEIDENSCHAFT FÜR BÜCHER | Christiane Schulz-Rother

FOTO: RUDOLPHI-KORTE

Seit 65 Jahren lädt die Buchhandlung Menger am Tempelhofer Damm zum Schmökern ein.

Hell und freundlich präsentiert sich das Geschäft nach dem Umbau, den die neue Besitzerin Christiane Schulz-Rother letztes Jahr vorgenommen hat. „Ich hatte Glück, der Hauseigentümer wollte die Buchhandlung erhalten und hat auf eine drastische Mieterhöhung verzichtet.“

Die Lage sei nicht optimal, meint Frau Schulz-Rother. „Der Tempelhofer Damm ist ja nicht gerade eine Flaniermeile, und seit die Sparkasse nicht mehr da ist, fehlt die Laufkundschaft. Der Herrenausstatter nebenan steht jetzt auch leer, wegen der hohen Miete musste er schließen.“ Immerhin ist Karstadt gegenüber – das zieht viele Menschen an. „Wir haben viel Stammkundschaft, die wir persönlich kennen und beraten. Ein Problem ist natürlich der Internet-Handel. Aber wegen der Buchpreisbindung ist es egal, ob man im Netz bestellt oder bei uns – der Preis ist derselbe. Leider ist das vielen Kun-

den nicht bewusst. Wir haben jetzt auch E-Books und E-Reader im Sortiment.“

Wer etwas länger braucht für die Suche – es gibt auch eine gemütliche Sitzecke zum Probieren!

PETRA RUDOLPHI-KORTE

► [Buchhandlung Menger Tempelhofer Damm 186](http://www.buchhandlung-menger.de)
www.buchhandlung-menger.de

»Gleich um's Eck«

Noch gibt es sie – die Treffpunkte im Kiez: Den kleinen Laden, das gemütliche Café oder den Krämer, bei dem es alles das gibt, was kein Kaufhaus und kein Internet-Shop mehr zu bieten hat.

Wir wollen solche Schmuckstücke der Gewerbelandschaft im Bezirk vorstellen. Wenn Sie ein solches Geschäft kennen oder wenn Sie Besitzer/in eines solchen Ladens sind, melden Sie sich. Unsere Kontaktdaten finden Sie oben auf Seite 1.

Zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Unter schwierigen Vorzeichen beschließt die rot-grüne Zählergemeinschaft den Bezirkshaushalt für Tempelhof-Schöneberg

NACH GEFRAGT

In einer Sondersitzung am 9. März hat die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) den ersten Bezirkshaushalt für die Jahre 2012/2013 mit den Stimmen der Zählergemeinschaft aus SPD und Grünen beschlossen. Die Redaktion sprach mit der haushaltspolitischen Sprecherin und Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Elke Ahlhoff, über den Verlauf der Beratungen und die gefassten Beschlüsse.

TS aktuell: In den letzten Wochen haben im Hauptausschuss der BVV intensive Beratungen zum Haushalt stattgefunden. Wie sind diese verlaufen?

Elke Ahlhoff: Die Haushaltsberatungen standen unter einem erheblichen Zeitdruck. Die Vorgaben der Senatsverwaltung für Finanzen konnten aufgrund der Bildung des neuen Senats erst relativ spät erfolgen. Nach dem Beschluss durch das Bezirksamt hatten die Bezirksverordneten nur gut vier Wochen Zeit für die Beratung und Beschlussfassung. Dies war nur durch die sehr konstruktive Zusammenarbeit mit



GÜRTEL ENGER SCHNALLEN | Das Motto gilt auch in Tempelhof-Schöneberg

dem Bezirksamt, der Verwaltung und innerhalb der Zählergemeinschaft möglich.

Warum diese Eile bei der Aufstellung des Haushaltes?

Die Bezirkshaushalte sind Teil des gesamten Berliner Haushalts und damit Bestandteil der Beratung im Abgeordnetenhaus. Nur durch die Einhaltung

des Abgabetermins 12. März haben wir die Gewähr, dass wir ab Mitte des Jahres auch in finanzieller Hinsicht wieder voll handlungsfähig sind. Bis zum Beschluss des Haushalts durch das Abgeordnetenhaus im Juni gilt in ganz Berlin die vorläufige Haushaltswirtschaft. Dies bedeutet, dass keine Ausgaben getätigt werden dürfen, die nicht

der Aufrechterhaltung des Betriebes dienen.

Welche Folgen hat die schwierige Finanzlage für den Bezirk?

Politische Schwerpunkte zu setzen, indem für bestimmte Bereiche mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, sind kaum möglich. Dazu hat der Bezirk zu wenig Geld. Allein für die Bewirtschaftung der bezirkseigenen Gebäude fehlen 3,2 Mio. Euro. Deutlich wird die Situation beispielsweise am Etat für die Schulen – allein der Unterhalt der Gebäude macht hier bereits 40% der Ausgaben aus.

Das fehlende Geld wird im Laufe des Jahres durch Einsparungen in den verschiedensten Bereichen erbracht werden müssen. Die BVV kann nur – wie auch in anderen Bereichen – mit Empfehlungen und Auflagenbeschlüssen reagieren. Wir drängen auf strukturelle Entscheidungen und die Prüfung von alternativen Konzepten zur Raumnutzung. Zum Beispiel muss auch den Nutzer/innen die Notwendigkeit von Energieeinsparung verdeutlicht werden. Wir haben die Mittel für »Energiesparende bauliche Maßnahmen« erhöht, um diesen Prozess zu unter-

„Politische Schwerpunkte zu setzen ist kaum möglich.“

ELKE AHLHOFF



stützen. Außerdem hat die zügige Abgabe von nicht mehr benötigten öffentlichen Gebäuden oberste Priorität.

Mit Blick auf die Gegebenheiten – wie zufrieden sind Sie mit dem Haushaltsbeschluss?

Den Medienetat der öffentlichen Bibliotheken konnten wir erhöhen. Allerdings stehen diese Mittel nur bereit, wenn durch ein verändertes Personalkon-

zept verlängerte Öffnungszeiten gewährleistet werden können.

Dass es uns gelungen ist, die Erholungsreisen für Kinder mit Behinderung, Veranstaltungen im Jugendbereich und eine erweiterte Beteiligung von Bürger/innen bei der Aufstellung von Bebauungsplänen zu ermöglichen, freut meine Fraktion und mich. Insofern bin ich unter den vorhandenen Rahmenbedingungen zufrieden.

Der Gesamthaushalt beträgt
rund **628 Mio. €**

Transferausgaben – z.B. Finanzierung der Kita-Plätze oder der Jugendarbeit
rund **251,3 Mio. €**

Geldleistungen an einzelne Begünstigte / Hilfebedürftige (»Hilfe zum Lebensunterhalt«)
rund **192,6 Mio. €**

Personalkosten
rund **88,6 Mio. €**

Hochbau, Bewirtschaftung (z.B. Energie, Abfallbeseitigung), Lehr- und Lernmittel, Tiefbau, Sachmittel
rund **51,9 Mio. €**

Sonstige Kosten
rund **43,5 Mio. €**

Jahr zwei der Schulreform

Der Leistungsdruck an Oberschulen beginnt schon vor der Anmeldung

VON DANIEL BEHRENDT

Seit dem Schuljahr 2010/2011 ist die Anmeldung an den Oberschulen neu organisiert: 10% der verfügbaren Schulplätze werden an so genannte Härtefälle vergeben, 60% nach selbst gewählten Kriterien der jeweiligen Schule und 30% nach dem Losverfahren.

Wenngleich auch das Losverfahren umstritten ist – die größte Aufregung erzeugt das „Kriterienkontingent“, welches die Schule selbst besetzen kann. Ein Notendurchschnitt unter 2,0 ist nicht mehr nur an Gymnasien Realität. Für die Schüler der 6. Klassen wird der Druck deshalb immer größer. Oskar, Neuntklässler an der Askanischen Oberschule Tempelhof, meint dazu: „Die Aufnahme an den Berliner Oberschulen sollte überhaupt nicht nach Durchschnittsnote geprüft werden, sondern nach der persönlichen Begabung. Wenn man gute Noten in den Naturwissenschaften hat, sollte man nicht unbedingt noch eine 1 in Sport brauchen.“

Schulen – nicht mutig genug?

Den Mitgliedern des Schulausschusses im Bezirk Tempelhof-Schöneberg war schon vor einem Jahr der Handlungsbedarf klar, als bekannt wurde, dass lediglich drei Oberschulen Kriterien für die Auswahl der Schüler nutzen, die von der reinen Durchschnittsnote abweichen. Der Schulausschuss forderte deshalb die zuständige Senatsverwaltung auf, entsprechend auf die Oberschulen einzuwirken.

Über die Gründe, warum dieses Anliegen kein Gehör fand, spekuliert der Schulausschuss bis heute: War die Einflussmöglichkeit auf die Oberschulen zu gering? War die Angst der Oberschulen vor Klageverfahren der Eltern so groß, dass sie von den reinen Durchschnittsnoten nicht abweichen wollten? Immerhin sind es auch in diesem Jahr gerade mal vier Schulen in Tempelhof-Schöneberg, die ein alternatives Anmeldeverfahren für sich gewählt haben.

Und dennoch ist die Schuld nicht dem Berliner Senat anzulasten. Sowohl das Berliner Schulgesetz als auch die einschlägige Verordnung über die Schularten und Bildungsgänge

der Sekundarstufe I lassen genügend Möglichkeiten, alternative Auswahlkriterien zu formulieren, die trotzdem noch gerichtsverwertbar sind. So zum Beispiel die Notensumme bestimmter Fächer, die Kompetenz der Schüler, die sich beispielsweise durch einen mündlichen oder schriftlichen Test bewerten lässt, alles in Abhängigkeit zu dem Profil, welches die Schule sich gegeben hat.

Mischung geht verloren

Es ist also nicht so, dass den Schulen nichts anderes übrig bliebe. Bislang wählten die Ober-

schulen den bequemen und sicheren Weg. Bewirkt hat dies, dass an gefragten Schulstandorten mindestens 60% der Siebtklässler eine weit überdurchschnittliche Förderprognose hatten, die Schülerschaft wurde homogen, eine Durchmischung war nicht mehr gegeben. Ob die jeweilige Oberschule eine natur- oder geisteswissenschaftliche Prägung hat, spielte tatsächlich keine übergeordnete Rolle mehr. Wenig gefragte Oberschulen bekamen das, was übrig blieb.

So wie es aussieht, wird es auch in diesem Jahr nicht viel besser laufen. In der Januar-sitzung der Bezirksverordnetenversammlung hat eine rot-grüne Mehrheit einen selbst eingebrachten Antrag beschließen können, mit dem nochmals der Druck auf die Schulleitungen erhöht werden soll, von der bisherigen Praxis abzuweichen. Die jüngste Erfahrung lehrt, dass das nicht reichen wird. Mittlerweile hat sich ein überparteiliches Konsortium von Eltern und schulpolitisch Interessierten gebildet, um die Schulreform mit der Realität in Einklang zu bringen und so den Leistungsdruck auf die Sechstklässler wieder auf ein Normalmaß herunter zu fahren.

Der Autor Daniel Behrendt war im vergangenen Jahr und ist auch in diesem Jahr betroffener Vater von zwei Söhnen, die den Weg von der Grundschule zur Oberschule gehen. Außerdem ist er der schulpolitische Sprecher der SPD-Fraktion in der BVV Tempelhof-Schöneberg.



Aus acht mach eins?

Zentral oder »um die Ecke«? – Bezirksbibliotheken in der Diskussion

Obwohl in den 1990er Jahren insgesamt zehn Standorte geschlossen wurden, verbuchen die Bibliotheken in Tempelhof-Schöneberg – verglichen mit anderen Bezirken – noch immer höhere Defizite.

Seit über einem Jahr diskutieren deshalb die Politiker und die Verwaltung darüber, ob es sinnvoll sei, die kleineren dezentralen Stadtteilbibliotheken zu größeren Zentralbibliotheken zusammenzulegen.

Während andere Bezirke, wie zum Beispiel Steglitz-Zehlendorf mit einer zentralen

Bibliothek im Einkaufszentrum »Das Schloss« ihre Bibliotheklandschaft grundlegend modernisiert haben, gilt in unserem Bezirk noch der Status quo: Zwei zentrale Bibliotheken, vier Stadtteilbibliotheken, eine Fahrbibliothek und eine ehrenamtlich geführte Bibliothek.

Deshalb kam der Vorschlag auf den Tisch, auch in Tempelhof-Schöneberg eine Zentralbibliothek für den gesamten Bezirk zu errichten.

Was, so fragten wir uns, spricht eigentlich für eine solche Lösung – und was spricht dagegen?

PRO

Eine neue Zentralbibliothek hätte vieles zu bieten, was die Büchereien in Tempelhof-Schöneberg heute nicht bieten können: Technik auf modernstem Stand, längere Öffnungszeiten, ein größeres Angebot an Büchern und Medien.

In einer guten Lage, möglichst in einer Einkaufsstraße, würden sicher viele Leute das Haus aufsuchen. Und eine Bibliothek für alle wäre wesentlich günstiger zu finanzieren als – wie zurzeit – acht Einrichtungen, verteilt auf den Bezirk. Die Möglichkeiten der neuen Medien können nur mit hohen Investitionen, längeren Öffnungszeiten, viel Platz und qualifiziertem Personal genutzt werden.

Natürlich sind an zentralen, gut frequentierten Orten die Mieten höher; das muss kompensiert werden mit der Schließung anderer Standorte. Die Konzentration auf eine große Zentralbibliothek hat in Steglitz eine Steigerung der Ausleihen

um 150% gebracht! Bevor man aber so weit geht, sollte doch auch mal die momentane Einnahmeseite genau unter die Lupe genommen werden: Warum wird der Jahresbeitrag nicht nach Einkommen gestaffelt? 10 Euro im Jahr sind für Geringverdiener angemessen, für alle anderen fast beschämend.

KATRIN WOLTER

CONTRA

Erinnern Sie sich noch? Mit Lesekarte und Freundin in die Leihbücherei; der Geruch nach altem Papier, die gedämpfte Atmosphäre – man musste leise sein! Und dann erwartungsvoll mit dem Bücherstapel nach Hause, unterwegs schon mal ein Buch angefangen ...

Heute haben Bibliotheken einen »Bildungsauftrag«. Es gibt Vorträge, Vorleseveranstaltungen, Familiennachmittage, Projekte mit Bildungsträgern, Kita und Schule – außerdem Grup-

penräume, PC-Stationen und Kopierer. Die Förderung der Allgemeinbildung, der Medien- und Lesekompetenz ist kein „finanziell unbedeutendes Produkt“, sondern eine soziale Investition in die Zukunft!

Vor allem für Kinder und ältere Menschen ist die Bibliothek um die Ecke auch ein sozialer Treffpunkt ohne Konsumzwang und Hektik. Die Stadtteilbibliothek hat den Vorteil, ihr Angebot der im Umfeld lebenden Bevölkerungsstruktur anpassen zu können; bestes Beispiel ist die Gertrud-Kolmar-Bibliothek Schöneberg-Nord: Schwerpunkt ist die Integration von Migranten. Gerade die Zusammenarbeit mit Kitas und Schulen verlangt dezentrale Standorte. Auch die langgestreckte Nord-Süd-Ausdehnung des Bezirks mit mehreren kleinen Stadtteilzentren muss berücksichtigt werden. Es darf nicht soweit kommen, dass der einzige Treffpunkt in der Nachbarschaft für Kinder und Jugendliche das Einkaufszentrum ist!

PETRA RUDOLPHI-KORTE

CINÉMA ROUGE: »WE WANT SEX«

Anlässlich des »Equal Pay Day« laden die Schöneberger SPD-Frauen mit der Unterstützung des Xenon Kinos zu einem gemeinsamen Filmbesuch ein.

In Deutschland besteht ein durchschnittlicher Lohnunterschied von 23% zwischen Männern und Frauen. Vom gleichen Lohn für gleiche Arbeit sind wir noch weit entfernt. Grund genug, auf diese Ungerechtigkeit aufmerksam zu machen!

Der Film »WE WANT SEX« erzählt die Geschichte des ersten Arbeiterinnenstreiks in der Ford-Autofabrik im britischen Dagenham 1968. Die Näherin Rita muss gegen viele Widerstände kämpfen, damit die angestellten 187 Näherinnen genauso entlohnt werden wie ihre 55.000 Kollegen. Ein charmantes Lehrstück über Mut und Durchsetzungskraft, in dem auch der Humor nicht zu kurz kommt.



FOTO © TOBIS FILM

Der Film läuft am **Samstag, 24. März 2012 um 13.00 Uhr** im **Xenon Kino**, Kolonnenstraße 5, 10827 Berlin. Der Eintritt kostet **4,00 €**. Ab 12.30 Uhr gibt es ein Glas Sekt zur Berührung.

BAUMARKT MIT UMWEGEN?

Die Ansiedlung eines Baumarktes an der Yorckstraße stieß bei vielen Anwohnerinnen und Anwohnern auf Ablehnung.

Deshalb forderte die SPD Schöneberg seit Beginn der Planung, dass sich die neue Bebauung als innerstädtisches Gebäude gut in die Wohngegend einfügen muss, damit die angrenzenden Quartiere nicht an Wohn- und Lebensqualität verlieren. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung teilte diese kritische Haltung und verhängte im April 2011 einen Baustopp. Der Bebauungsplan musste in Bezug auf die städtebauliche Qualität verbessert werden. Anfang dieses Jahres wurden die Ergebnisse des Fassadenwettbewerbs vorgestellt, mit der sich der Baumarkt besser in die Wohngegend einfügen soll.

Das Vorhaben hat noch eine weitere Dimension: Um das Grundstück des Baumarktes herum entsteht derzeit der neue Gleisdreieckpark, zu dem die Schönebergerinnen und Schöneberger nach aktuellen Planungen keinen barrierefreien und jederzeit nutzbaren Zugang hätten. Hier gibt es jetzt offenbar einen Durchbruch. Auf Initiative der Fraktionen von SPD und Grünen haben sowohl der Ausschuss für Stadtentwicklung in Tempelhof-Schöneberg als auch in Friedrichshain-Kreuzberg (dort liegt die Federführung des Bauvorhabens) einstimmig beschlossen, dass beim Bau des Baumarktes ein öffentlich zugänglicher Fuß- und Radweg als Zugang zum Gleisdreieckpark fest mit eingeplant werden muss. Die SPD-Fraktion in der BVV Tempelhof-Schöneberg wird sich für die tatsächliche Umsetzung des Beschlusses bei der Erstellung des Bebauungsplans stark machen. **AKH**

Facelifting für den »Nolli«

Der Platz braucht dringend eine Aufwertung – und die AnwohnerInnen mischen gerne mit

Der Nollendorffplatz soll mehr Aufenthaltsqualität erhalten. Das hat jetzt die SPD-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg gefordert.

Die BVV beschloss den vom Bezirksverordneten Christoph Götz eingebrachten Antrag, dass das Bezirksamt gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt ausloten möge, welche verkehrstechnischen Spielräume und finanziellen Möglichkeiten zu einer Neugestaltung des Platzes bestehen. Erhofft wird, dass das Thema auf der Landesebene erkannt und aufgegriffen wird und der Senat Mittel, zum Beispiel aus seinem Plätzeprogramm oder dem städtebaulichen Denkmalschutz, zur Verfügung stellt.

Nichts erinnert mehr daran, dass der Nollendorffplatz ursprünglich nach den Vorstellungen des Gartenarchitekten Peter Josef Lenné angelegt wurde. Mehrmals wurde die Fläche grundlegend umgestaltet, zunächst mit dem Bau des U-Bahn-Eingangsbauwerks in der Platzmitte, später mit der grundlegenden Umgestaltung im Sinne der autogerechten Stadt der 50er- und 60er-Jahre. Heute wird das Bild von dieser weitläufigen Verkehrsführung geprägt, die Fläche ist durch unzählige Verkehrsinseln und



NOLLENDORFFPLATZ | Vom ehemaligen Flair wie auf der Postkarte von 1913 ist nichts mehr zu sehen

FOTO - REPRO: KEGEL

überbreite Fahrbahnen zergliedert und bietet keinen Raum für Aufenthalt und Begegnung. Der Ort wirkt insgesamt unerfreulich und verwahrlost und fällt in seiner Gestaltung deutlich ab, z.B. gegenüber dem Wittenberg-, dem Viktoria-Luise- oder dem Winterfeldtplatz – die übrigens mit dem Nollendorffplatz und weiteren Anlagen ein geometrisches System im Straßennetz bilden. Dieser Nachholbedarf

wirkt sich am »Nolli« auch auf die Gewerbestruktur aus: Einzelhandel und Gastronomie halten sich trotz zentraler Stadtlage kaum über längere Zeit.

Attraktivität zurückgewinnen

Dies soll sich ändern. Der Platz muss wieder Zentrum des Quartiers werden, meint die SPD. Ein besonderes Augenmerk gilt dem Zugewinn von Attraktivität in der vorderen Maaßen-

straße und im Bereich des derzeitigen Parkplatzes vor dem Goya-Club. Aber auch die Einmündung der Else-Lasker-Schüler-Straße am nördlichen Rand des Platzes benötigt dringend eine Umgestaltung. Im Übergang zur Einemstraße bestehen derzeit acht Fahrspuren, die einst für eine Autobahnzuführung gedacht waren. Hier bieten sich erhebliche Spielräume für breitere Gehwege, mehr Sicher-

heit und mehr Aufenthaltsqualität für Fußgänger. Bei der Umgestaltung soll auch die Führung der Radfahrer attraktiver und sicherer werden.

Auch der »Rosa Winkel«, die Gedenktafel für die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus am U-Bahn-Empfangsgebäude muss endlich einen würdigeren Rahmen erhalten, so Christoph Götz.

Großes Interesse

Das Bemühen um eine Umgestaltung des Nollendorffplatzes trifft indes auf breites Interesse. So haben sich in den letzten Monaten auch Studentinnen und Studenten des Masterstudiengangs Landschaftsarchitektur an der Technischen Universität Berlin Gedanken um den Platz gemacht. In einer gut besuchten Veranstaltung im »Amerika-Haus« in der Hardenbergstraße, in dem heute das »Forum City-West« sitzt, haben sie Anfang März Anwohner/innen und Vertreter/innen aus dem Bezirk, der Verwaltung und dem Senat ihre Ideen präsentieren können.

Auch eine facebook-Gruppe »Zukunft Nollendorffplatz - jetzt« hat sich bereits gegründet.

Beste Voraussetzungen für die Durchführung des ohnehin geplanten Gestaltungswettbewerbs und einer umfassenden Bürgerbeteiligung, in der die besten Ideen für den »Nolli« gewonnen werden sollen. **CG/HK**

Wenn Politik auf Menschen trifft

VOR GESTELLT

Bezirksverordnete stehen seltener im »Rampenlicht« des öffentlichen Geschehens als Politiker auf Landesebene. Dabei entscheiden sie über vieles, was direkt unseren Kiez oder die bezirklichen Einrichtungen betrifft. Auch in dieser Ausgabe der »TS aktuell« stellen wir Ihnen wieder vier der 16 Mitglieder der SPD-Fraktion in der BVV vor.



Gudrun Blankenburg

... ist 73 Jahre alt und erfolgreich mit Schöneberger Stadtführungen und Publikationen über Friedenau und das Bayerische Viertel.

Über ihre Arbeit als SPD-Fraktionsmitglied in der BVV und in den Ausschüssen Bildung und Kultur, Schule und Eingaben und Beschwerden sagt Gudrun Blankenburg: »Der Schwerpunkt meiner politischen Arbeit ist die Kultur. Sie ist die Grundvoraussetzung für individuelle Persönlichkeitsentwicklung und schafft in der Gesellschaft Bindungen und Offenheit für die Freiheit des Anderen.«



Marijke Höppner

... ist 30 Jahre alt und studiert Politikwissenschaften.

Marijke Höppner ist Mitglied in den folgenden Ausschüssen: Jugendhilfe, Frauen und Queer, Integration und Gesundheit.

Zu ihrem Arbeitsschwerpunkt sagt sie: »Als Sprecherin für Frauenpolitik ist es mir wichtig, Frauen in allen politischen Bereichen mitzudenken. Mädchen und Frauen sollen ein selbstbestimmtes Leben führen können: frei von Gewalt, ohne Sorge um Arbeit oder einen Kita-Platz für ihr Kind, mit der Möglichkeit den Bezirk mitzugestalten oder im Sportverein genauso gefördert zu werden wie der Fußballer. Für all diese Anliegen setzt die SPD-Fraktion sich in Tempelhof-Schöneberg ein.«



Jan Rauchfuß

... ist 26 Jahre alt und studiert Volkswirtschaftslehre an der FU Berlin.

Jan Rauchfuß ist Mitglied im Wirtschaftsausschuss, im Schulausschuss und im Ausschuss für Soziales und Senioren.

Zu seinen Arbeitsschwerpunkten sagt er: »Als Sprecher für Wirtschaftspolitik möchte ich mich insbesondere für die Stärkung des Einzelhandels und unserer Geschäftsstraßen einsetzen. Als Herzstück unserer Kieze sollen die Einkaufsstraßen mehr Aufenthaltsqualität bieten. Auch die Stärkung und der Ausbau der Unternehmensnetzwerke im Bezirk haben eine große Bedeutung.«

Einen Schwerpunkt möchte ich auch auf die weitere Verbesserung der Ausbildungssituation in Tempelhof-Schöneberg legen, den Übergang von der Schule in das Berufsleben erleichtern und familienfreundliche Unternehmen fördern.

Als Bezirksverordneter sehe ich meine Aufgabe vor allem darin, soziale Spaltungen in unserem Bezirk zu verhindern, aber mich für die Verbesserung der Lebensqualität in Tempelhof-Schöneberg einzusetzen. Dies wird nur dann gelingen, wenn alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit zur Teilhabe und Partizipation an politischen Entscheidungen erhalten.«



Axel Seltz

... ist 46 Jahre alt, Politologe und Angestellter einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft.

Er ist Mitglied in den Ausschüssen für Stadtentwicklung, Facility Management (Hochbau) sowie im Haupt- und im Rechnungsprüfungsausschuss.

»Unter den hohen Gebäudekosten leidet im Moment alles im Bezirk«, sagt Axel Seltz auf seinen Arbeitsschwerpunkt angesprochen.

»Es kann nicht angehen, dass wir zum Beispiel die laufenden Kosten für zwei leer stehende Schulen bezahlen, aber kein Personal für eine Stärkung der Bürgerämter haben.«

Ich will, dass der Bezirk sein Geld effizient zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger einsetzt. Daher mein Schwerpunkt auf den Themen Bauen und Geld.«

Die SPD-Fraktion in der BVV

Sie erreichen die Mitglieder der SPD-Fraktion über das **Fraktionsbüro im Rathaus Schöneberg, Raum 2050, John-F.-Kennedy-Platz, 10820 Berlin**

Telefon: (030) 90277 64 86

E-Mail: post@spd-fraktion-tempelhof-schoeneberg.de

Aktuelle Informationen zur Arbeit der Fraktion finden Sie im Internet unter www.spd-fraktion-tempelhof-schoeneberg.de sowie auf **facebook**.

STADTUMBAU WEST GEHT VORAN

Schöneberg und Tempelhof rücken in Zukunft noch enger zusammen. Möglich machen das Fördermittel aus dem Programm Stadtumbau West.

Seit 2005 fließen aus diesem Programm Gelder in das Gebiet zwischen dem Bahnhof Südkreuz und dem Gleisdreieck. Mittlerweile sind unter anderem für die Verkehrserschließung und die Grünverbindungen rund 15 Mio. Euro bewilligt worden.

Das auffälligste abgeschlossene Projekt ist bislang die Wilhelm-Kabus-Straße, die die Schöneberger Insel spürbar vom Durchgangsverkehr entlastet hat.

Für den Sommer 2012, geplant ist Ende Juli, dürfen sich die Bewohner der Insel und von Neu-Tempelhof auf den Abschluss des Brückenschlags über die S-Bahngleise in Höhe des Leuthener Platzes freuen. Zusammen mit der ebenfalls geplanten Querung des Wanneseebahngrabens an der Gasag-Nordspitze zur Ebersstraße wird es dann eine komfortable Verbindung für Radfahrer und Fußgänger zwischen Tempelhofer Feld und Schöneberg geben.

Weitere geplanten Maßnahmen dienen der Nord-Süd-Radverbindung zwischen Gleisdreieck und Insulaner sowie einer Verbesserung der Situation rund um die Yorckstraße. Dabei ist es besonders erfreulich, dass es einen ebenerdigen Zugang zum Gleisdreieck-Park (West) direkt an der ersten Yorckbrücke kurz hinter der Mansteinstraße geben wird.

AXEL SELTZ

Bezahlbare Mieten in allen Quartieren

Mit einem Maßnahmenbündel will der Senat die Mietpreisentwicklung dämpfen

NACH GEFRAGT

Die angespannte Lage auf dem Berliner Wohnungsmarkt könnte sich weiter verschärfen. Wie kann Politik hier eingreifen? Darüber sprach die Redaktion mit dem zuständigen Senator Michael Müller:

TS aktuell: Herr Müller, was sind als Senator Ihre Ziele im Bereich der Wohnungs- und Mietpolitik?

Michael Müller: Berlin ist eine Mieterstadt und deshalb setze ich mich für bezahlbare Mieten in allen Quartieren ein. Denn nur so wird es uns gelingen, die berühmte „Berliner Mischung“, das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen Herkünften, Einkommen und Lebensentwürfen, zu erhalten.

Wie schätzen Sie die Wohnungsmarktlage ein?

Die hohe Attraktivität Berlins spiegelt sich ja in den vielen Zuzügen wider. Das heißt eben auch, dass wir eine höhere Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt haben. Die Neubautätigkeit wächst zwar, aber langsamer als die Nachfrage. Das macht sich dann leider in steigenden Mieten bemerkbar. Die Situation ist noch nicht dra-

matisch, aber sie wird von den Berlinerinnen und Berlinern zunehmend als angespannt wahrgenommen. Wir müssen dem jetzt entgegenwirken, indem wir das Wohnungsangebot erhöhen und mit einem Bündel von Maßnahmen die Mietpreissteigerung dämpfen.

Wie wollen Sie das Wohnungsangebot erhöhen?

Wir wollen die Neubautätigkeit in Berlin anregen – durch private Investoren, aber auch bei den Wohnungsbaugesellschaften, die am Ende der Legislatur 30.000 Wohnungen mehr in ihrem Bestand haben sollen. Zusätzlich sollen mindestens 6.000 Wohnungen pro Jahr für Berlin neu gebaut werden. Dazu verändern wir unsere Liegenschaftspolitik: Landeseigene

Grundstücke sollen nicht mehr ausschließlich zum Höchstpreis verkauft werden, sondern mit gezielter Vergabe für Wohnungsbau günstiger zur Verfügung gestellt werden. Auch nicht vermietbare Wohnungen sollen durch ein Sanierungsprogramm wieder marktauglich gemacht werden. Außerdem wollen wir das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum wieder einführen – zumindest für Teilräume, in denen die Wohnraumsituation angespannt ist.

Welche weiteren Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Mietentwicklung zu beeinflussen?

Ich habe die pauschalen Mieterhöhungen der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften

erstmal gestoppt. Gemeinsam verhandeln wir nun, wie Mieterhöhungen unter sozialen Gesichtspunkten gestaltet und den Einkommen der Mieter angepasst werden können. Die Wohnungsbaugesellschaften können mit mehr Wohnungen und einer sozialen Mietgestaltung positiv auf den Wohnungsmarkt wirken.

Auch die Berliner Genossenschaften stehen mit insgesamt 185.000 Wohnungen für eine soziale Mietpreispolitik. Der Senat hat den Genossenschaften Unterstützung zugesagt, um damit den Bau von kleinen Wohnungen, auch in schwierigen sozialen Gebieten, sowie günstige Mieten zu fördern.

Als weitere Maßnahme wurde die Belegungsbindung für 85.000 Wohnungen wieder eingeführt.

Zusätzlich stehen wir im Austausch mit anderen Großstädten, wie Hamburg oder München, wo z.B. durch Bündnisse mit den eigenen Bezirken oder mit privaten Investoren positiv in den Wohnungsmarkt eingegriffen wird.

Es wird uns sicher nicht gelingen, den Trend auf dem Berliner Wohnungsmarkt komplett umzudrehen, aber wir kämpfen mit zahlreichen Instrumenten darum, dass wir die Mietpreisentwicklung für die Berlinerinnen und Berliner dämpfen können.

ZAHLEN · DATEN · FAKTEN

Ende 2010 wohnten in Berlin **ca. 3,46 Mio. Menschen**

Zurzeit wächst die Bevölkerungszahl Berlins um **etwa 18.000 pro Jahr**

In Berlin gibt es zurzeit **ca. 1,99 Mio. Haushalte**

Proportional schneller als die Bevölkerung wächst die Zahl der Haushalte, nämlich um **ca. 14.200 pro Jahr**

Der Anteil der Singlehaushalte beträgt **ca. 54 %**

Der Anteil der Mietwohnungen beträgt **ca. 82 %**

Rechnerisch wohnen in jedem Berliner Haushalt **ca. 1,73 Personen**

Rechnerisch verfügt jede/r Einwohner/in Berlins über eine Wohnfläche von **ca. 38,7 m²**



„Die Situation ist noch nicht dramatisch, wird aber zunehmend als angespannt wahrgenommen.“

MICHAEL MÜLLER
SENATOR FÜR
STADTENTWICKLUNG
UND UMWELT

NEUREGELUNG FÜR SENATOREN

Senatoren, die nur kurz im Amt sind, erhalten künftig auch nur für kurze Zeit Übergangsgeld. Die Bezugsdauer darf die Amtszeit nicht mehr übersteigen.

So sieht es die Neuregelung im Berliner Senatengesetz vor, auf die sich die Regierungsfractionen verständigt haben. Bisher galt ein Mindestbezug von sechs Monaten auch dann, wenn ein Senatsmitglied deutlich kürzer als sechs Monate im Amt war.

Der nur 12 Tage im Amt verbliebene Justizsenator Braun (CDU) fiel unter diese Regelung, weil er nicht zurückgetreten war, sondern um Entlassung gebeten hatte. Künftig wird es ein derartiges Missverhältnis zwischen Amtsdauer und Zahlung von Übergangsgeldern nicht mehr geben. FZ

SPRECHSTUNDEN

Die SPD-Abgeordneten aus Ihrem Wahlkreis freuen sich auf ein Gespräch mit Ihnen:

Frank Zimmermann (MdB) Mariendorf
Mo., 14.05.2012, 17.00 - 18.00 Uhr im Büro der Bundestagsabgeordneten Mechthild Rawert, Friedrich-Wilhelm-Straße 86, 12099 Berlin-Tempelhof (nahe U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
► www.frank-zimmermann.net

Lars Oberg (MdB) Schöneberg
Die neue Wahlperiode brachte auch vier neue Wände mit sich: Lars Oberg eröffnete am 23. Januar sein neues Wahlkreisbüro in der Hauptstr. 8, 10827 Berlin (nahe U-Bahnhof Kleistpark).



Unverändert bleiben hingegen seine Sprechstunden an jedem Montag von 16.00 - 18.00 Uhr – auch während der Osterferien.
► www.lars-oberg.de

EHRENGRAB SOLL ERHALTEN BLEIBEN

Der ehemalige Stadtverordnete und Stadtrat von Schöneberg, Eduard Bernstein, war als Mitverfasser der Parteiprogramme von Gotha, Erfurt und Görlitz eine tragende Figur in der Geschichte der Sozialdemokratie.

Anlässlich seines 75. Todestages im Jahr 2007 war auf Initiative der Berliner und der Bundes-SPD der schmucklose Grabstein durch einen künstlerisch hochwertigen Grabstein ersetzt worden. Im Jahr 2010 wurde seine Grabstätte auf dem Schöneberger Friedhof Eisackstraße jedoch aufgehoben.

Die Historische Kommission der SPD Berlin bemüht sich nun beim Senator für Stadtentwicklung, Michael Müller, um eine Verlängerung der Ehrengrabwürde für Eduard Bernstein. Die SPD-Abteilung Friedenau möchte die Patenschaft in Form von Pflege und Ausschmückung für Bernsteins Grab übernehmen.

Kostbares Nass

Ein Jahr Offenlegung der Wasserverträge

Am 22. März ist Weltwassertag. Überall in der Welt wird es Demonstrationen und Veranstaltungen zur Versorgung der Bevölkerung mit Wasser geben. In Marseille protestiert das alternative Weltwasserforum gegen Privatisierungen im Wassersektor. Ein Thema, das gerade uns Berlinerinnen und Berliner betrifft. Denn der Berliner Volksentscheid zur Offenlegung der Wasserverträge feierte einjähriges Jubiläum.

Am 13. Februar 2011 hatten über 666.000 Wahlberechtigte für die Offenlegung der Geheimverträge zur Teilprivatisierung der Berliner Wasserverträge gestimmt. Ein Bündnis von verschiedenen Initiativen hatte die Folgen öffentlich-privater Partnerschaften in der Wasserversorgung Berlins und deren profitorientierte Privatisierung kritisiert.

Das Bündnis forderte die Offenlegung der dazugehörigen Geheimverträge und setzte diese mit dem ersten erfolgreichen Volksentscheid durch. Im Abgeordnetenhaus wurde nach den Wahlen 2011 ein Sonderausschuss eingerichtet, der den Umgang mit dem Ergebnis des Volksentscheides klären soll. Schon in der letzten Legislaturperiode hatte der rot-rote Senat durch ein Informationsfreiheitsgesetz die Offenlegung der sog. Wasserverträge mit den privaten Anteilseignern VEOLIA und RWE erreicht und damit eine

wichtige Forderung der Bürgerinitiative erfüllt. Die Verträge sind nun öffentlich für alle Bürger/innen einsehbar.

Nun konzentriert sich das Bündnis darauf, die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe aufzuheben. Es ist – nach Offenlegung der Verträge – der Meinung, die Teilprivatisierung sei verfassungswidrig.

Ziel des Sonderausschusses im Abgeordnetenhaus, bei dem auch die Wasser-Aktivisten Rederecht haben, ist es nun zu prüfen, ob die Verträge aus den 1990er Jahre wirklich verfassungswidrig sind. Das Bündnis will, dass die Wasserversorgung in Bürgerhand durch demokratische Aufsicht, Partizipation, durch Transparenz und Bürgerhaushalte organisiert wird.

Der Senat hält die 1998 vereinbarte Rendite der privaten Anteilseigner für weit überhöht. Berlin verhandelt derzeit über eine Senkung des vertraglich garantierten Gewinns. Damit, so hofft der Senat, könnten auch die Wasserpreise sinken. Parallel laufen Gespräche über einen Rückkauf der privaten Anteile durch das Land Berlin. VEOLIA lehnt dies ab. RWE, das 25% hält, ist grundsätzlich zum Verkauf bereit. Der Senat hat jedoch die bisherigen Preisvorstellungen des Konzerns als zu hoch abgelehnt. Die Verhandlungen dauern an. RWE und Veolia hatten 1999 jeweils rund 1,7 Mrd. DM an Berlin gezahlt. INGO SIEBERT



Logo des Bündnisses Berliner Wassertisch

»E-Partizipation«

Eine moderne Form der Bürgerbeteiligung

Marius nippt an seinem Kaffee und blickt dabei konzentriert auf den Bildschirm seines Laptops. Hier und da tippt er auf die Tastatur. Mit einer schnellen Bewegung drückt er auf die Enter-Taste. „Fertig“, sagt er lächelnd. „Ich bin gespannt auf die Antwort“, ergänzt er, während er sich in den Sessel fallen lässt.

Der 20-jährige Student interessiert sich für Politik und nimmt aktiv am politischen Geschehen seines Bezirks teil. „Das geht heutzutage auch aus einem Café“, schmunzelt er und berichtet, dass er gerade eine Bürgeranfrage an die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) übers Internet gesendet hat. „Das sind unsere Volksvertreter, und ich habe die Möglichkeit, über das Internet direkt mit ihnen zu kommunizieren“, erklärt er und beginnt über die Vorzüge der so genannten »E-Partizipation« zu referieren. Der Begriff beschreibt die Möglichkeit, die sich den Bürgern durch das Internet eröffnet, elektro-

nisch an Beteiligungsverfahren teilzunehmen.

„Erst gestern habe ich an einer Online-Umfrage zu einem Thema meine Stimme abgegeben, und neulich habe ich mich an einem moderierten Online-Dialog über die Umnutzung eines alten Flughafens beteiligt. Das sind interessante Möglichkeiten, am politischen Leben teil zu haben“, resümiert er.

E-Partizipation als Chance

Tatsächlich gibt es mehrere Einsatzfelder der E-Partizipation. Politik und Verwaltung könnten auf diesem Weg über Planungen und Planungsprozesse informieren. Interessierte Bürger können ihre Vorschläge und Ideen zu Projekten einbringen und sich sogar an der Haushaltsplanung beteiligen. So entsteht ein Austausch zwischen Entscheidungsträgern und engagierten Bürgern. „Das kann die Transparenz von Planungen erhöhen und den Meinungsaustausch beschleunigen“, merkt Marius an. „Ich bin überzeugt, dass E-Partizipation viele Chancen bietet“.

Positive Beispiele mit der E-Partizipation gibt es auch aus Berlin zu berichten. Über den Bürgerhaushalt in Lichtenberg wurde im Internet diskutiert, ebenso wie über die Freiraumgestaltung am Gleisdreieck und die Umnutzung des »Tempelhofer Feldes«.

Digital ergänzt Analog

Die moderne Form der Beteiligung bietet viele Chancen, kann aber nur als Ergänzung zur repräsentativen Demokratie verstanden werden, zumal nicht alle Bürger das Internet nutzen. Bei den genannten Beispielen gab es zusätzlich auch lokale Angebote der Beteiligung. Daher behalten die »analogen« Beteiligungsangebote weiterhin ihre Wichtigkeit. „Ja, die Mischung zwischen digitalen und analogen Beteiligungsverfahren ist sehr wichtig“, stimmt auch Marius zu. Er nippt an seinem Kaffee und blickt dabei konzentriert auf den Bildschirm seines Laptops. Hier und da, tippt er auf die Tastatur.

ATHANASIOS VASSILIOU

Neuer Ausschuss für mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung

Die BVV Tempelhof-Schöneberg hat einen Ausschuss für Verwaltung, Kommunikation und Information eingerichtet.

Ziel ist es, die Informationswege zwischen dem Bezirksamt und den Bürgern zu verbessern. Die Bereitstellung von Informationen und Dienstleistungen wird in enger Kooperation mit dem Land Berlin über

die Webseite www.berlin.de umgesetzt, z.B. Öffnungszeiten und Terminvergabe für die Bürgerämter. Trotzdem fühlen sich viele Bürger nicht ausreichend informiert oder kennen die verfügbaren Dienstleistungen nicht.

Aufgabe des Ausschusses ist es, den Zugang und die Informationsverteilung zu verbessern. Die Bürgerbeteiligung soll mit

Bürgerforen zu ausgewählten Themen ausgeweitet werden, bei den nächsten Haushaltsverhandlungen soll ein Bürgerhaushalt berücksichtigt werden. Um allen Bürgern einen barrierefreien Zugang zum Internet zu gewährleisten, tritt die SPD dafür ein, an öffentlichen Orten ein freies WLAN einzurichten. ANNETTE HERTLEIN

DISKUSSION ZUM RECHTS-TERROR

Die Diskussion um ein Verbot der NPD ist mal wieder in vollem Gange. Und der Berliner Landesverband der Neonazis setzt weiter auf rechten Terror. Anfang Februar wurde mit Sebastian Schmidke ein stadtbekannter Neonazi zum Landesvorsitzenden der Berliner NPD gewählt, dem auch enger Kontakt zu den Autonomen Nationalisten vom so genannten Nationalen Widerstand Berlin nachgesagt wird.

Die SPD Mariendorf lädt deshalb ein zur Diskussion »NPD und Nationaler Widerstand – Was tun gegen rechten Terror?« mit Claudia Schmid – Abteilungsleiterin Verfassungsschutz bei der Senatsverwaltung für Inneres – am Dienstag, den 27. März 2012 um 19.30 Uhr im Abgeordnetenhaus von Berlin – Raum 388 (wegen der Sicherheitskontrollen des Abgeordnetenhauses bitte einen Ausweis mitbringen).

Eine Anmeldung ist erforderlich. Mail: info@spd-mariendorf.de oder telefonisch bei Lars Rauchfuß: 0172 445 09 56.

Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verweigern oder von dieser auszuschließen.

SPRECHSTUNDE

Die SPD-Abgeordnete für Tempelhof-Schöneberg im Bundestag unterstützt Sie bei Ihren Fragen und Problemen. Hier der nächste Termin ihrer Bürgerinnensprechstunde:

Mechthild Rawert (MdB)

Mo., 02.04.2012, 15.00-18.00 Uhr, Fr., 04.05.2012, 15.00-18.00 Uhr, Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, Berlin-Tempelhof Bitte vorher anmelden unter Tel. 720 13 884 oder mekhthild.rawert@wk.bundestag.de

DER MINDESTLOHN MUSS ENDLICH HER!

Neue Zahlen zum deutschen Niedriglohnsektor heizen die Debatte um den Mindestlohn wieder an.

Fast acht Millionen Beschäftigte in Deutschland müssen mit weniger als 9,15 Euro brutto pro Stunde auskommen, wie eine Studie des »Instituts für Arbeit und Qualifikation« der Universität Duisburg-Essen zeigt. Diese Zahl ist zwischen 1995 und 2010 um mehr als 2,3 Millionen gestiegen.

Gewerkschaften, Verbände und die SPD fühlen sich deshalb in ihrer Forderung bestätigt, jedem Arbeitnehmer per Gesetz mindestens 8,50 Euro Stundenlohn zu zahlen.

Knapp jeder Zweite der niedrig bezahlten Menschen arbeitet voll, und nicht Teilzeit. So gibt es nach den Berechnungen des Instituts allein fast 800.000 Vollzeit-Beschäftigte, die weniger als 6,00 Euro verdienen. Damit kommen sie auf einen Monatslohn von unter 1.000 Euro brutto.

Courage gegen Rechts

Im Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus sind alle gesellschaftlichen Kräfte gefragt

VON MECHTHILD RAWERT

Die schreckliche Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) an neun türkisch- und griechischstämmigen Männern und einer Polizistin hat uns alle aufgeweckt: Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist eine zentrale Aufgabe aller demokratischen Kräfte!

Wir alle müssen uns fragen, wie steht es um den Rechtsextremismus in Deutschland wirklich? Angesichts der gravierenden polizeilichen Fahndungsaktionen müssen wir uns die Frage stellen: Wo waren wir blind? Die menschenverachtende Ideologie und die rassistische Einstellung der rechtsextremen Kameradschaften müssen mit polizeilichen Mitteln bekämpft werden. Ebenso wichtig sind aber auch zivilgesellschaftliches und präventiv wirkendes Engagement. Denn eins ist klar: Rassismus ist nicht nur ein Problem am rechten Rand der Gesellschaft. Demokratinnen und Demokraten müssen sich auch mit dem Rassismus in der Mitte der Gesellschaft auseinandersetzen.

Der Bundestag hat gehandelt. Im November haben alle Fraktionen einen Entschließungsantrag zur Mordserie der Neonazi-Bande und zur Arbeit der Sicherheitsbehörden beschlossen. Ebenso einstimmig wurde Ende Januar der NSU-Untersuchungsausschuss eingesetzt. Mitglie-



WEG DAMIT | Mechthild Rawert und Friedenauer BürgerInnen übermalen rechte Parolen am Breslauer Platz FOTO: HD

der wurden nicht die jeweiligen innenpolitischen Hardliner, sondern Politikerinnen und Politiker, die aufklären wollen, wie es zu den Versäumnissen kommen konnte. Sebastian Edathy (SPD), Ausschussvorsitzender, ist ein Garant für die Suche nach einer neuen Sicherheitsarchitektur in Deutschland, damit sich so etwas Schreckliches wie der NSU-Terror nicht wiederholt.

Strategien gegen Rechtsextremismus

Als Mitglied der Arbeitsgruppe »Strategien gegen Rechtsextremismus« der SPD-Bundestagsfraktion sind für mich drei Kernpunkte in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus besonders wichtig:

1. Der soziale Zusammenhalt in den kommunalen Strukturen ist zu stärken. Wer Jugendhäuser und Stadtteilzentren schließen muss, öffnet unfreiwillig die Türen für rechtsextremistische und rechtspopulistische Parteien, ermöglicht demokratiefreie Räume. Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb im Antrag »Rettungsschirme für Kommunen« festgehalten, dass Programme wie z.B. die »Soziale Stadt« im bisherigen Umfang erhalten bleiben und ihre wahre Bedeutung zurückerlangen. Die kommunale Ebene muss finanziell besser ausgestattet werden.

2. Demokratie-Projekte, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, brauchen Stabilität und Sicherheit, benötigen eine

dauerhafte Finanzierung. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert deshalb seit langem die Einrichtung eines Stiftungsmodells.

3. Die Zuständigen und die Anständigen müssen gemeinsam ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis bilden. Staatliche Stellen und alle gesellschaftlichen Akteure wie z.B. Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände – schlicht: alle Meinungsträger der Zivilgesellschaft – müssen die Bekämpfung des Rechtsextremismus ganz zu ihrer Sache machen.

Kampf gegen Rechts überall erforderlich

Das Engagement gegen Rechtsextremismus und Rassismus, Antisemitismus und Islamopho-

bie auf Bundes- und kommunaler sowie lokaler Ebene gehören für mich zusammen.

Das erschütternde Ergebnis des Berichts »Antisemitismus in Deutschland« besagt, dass rund 20% der BundesbürgerInnen latent antisemitisch eingestellt sind. Laut der aktuellen Studie »Wie tolerant ist Berlin?«, einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung zu Integrationsthemen in Berlin, ist Tempelhof-Schöneberg einer der toleranteren Bezirke Berlins. Während sich berlinweit 26% ausländerfeindlich äußern, sind es in Tempelhof-Schöneberg »nur« 16%. Doch das sind 16% zu viel.

Auch in Tempelhof-Schöneberg gibt es rechtsextrem motivierte Bedrohungen und Anschläge gegen Bürgerinnen und Bürger, gibt es Zerstörungen von Informationstafeln und Schaukästen zu ermordeten Jüdinnen und Juden, gibt es gezielte Verschandelungen von Hauseingängen und -wänden mit NS-Zeichen und Sprüchen, werden NPD-Aufkleber mit rassistischen Sprüchen geklebt. Hier darf nicht weggeschaut werden. Das geht uns alle an. Gefordert ist der gemeinsame »Aufstand der Anständigen und der Zuständigen«.



Mechthild Rawert ist SPD-Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg.

► www.mekhthild-rawert.de

Engagement

Es gibt viele positive Beispiele für bürgerschaftliches Engagement gegen Rechts und für Demokratie und Toleranz, z.B.:

- Stolpersteine gegen das Vergessen · Allein in Tempelhof-Schöneberg erinnern über 400 Stolpersteine an das Schicksal

deportierter und ermordeter Jüdinnen und Juden. Sie tragen deren Namen und liegen an der Stelle, an der die Füße der Opfer das letzte Mal den Boden ihres Wohnortes berührten, bevor sie unter Zwang in den Tod gehen mussten.

► [Initiativgruppe Stolpersteine Stierstraße · petra-fritsche.de](http://InitiativgruppeStolpersteineStierstra%C3%9Fepetra-fritsche.de)
► www.stolpersteineB96.de

- Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage · Schülerinnen und Schüler setzen wichtige Zeichen für Toleranz und Respekt – zum Beispiel an der 7. Integrierten Sekundarschule in Tempelhof, die Eckener-Oberschule in Mariendorf, die Georg-Büchner-Oberschule in Lichtenrade und die Robert-Blum-Oberschule in Schöneberg. In der Initiative en-

gagieren sich SchülerInnen gegen alle Formen von Diskriminierung, Rassismus und Sexismus und leisten damit einen Beitrag zu einer gewaltfreien, demokratischen Gesellschaft.

► www.schule-ohne-rassismus.org

- Friedenauer Nachbarschaft gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit · Viele Bürgerinnen

und Bürger setzen Zeichen gegen NPD-Anhänger, die seit etwa zwei Jahren auch in Friedenau ihr Unwesen treiben. Sie wollen ein tolerantes Friedenau, in dem rechtsextremistische, antisemitische oder islamophobe Hetzparolen keinen Platz haben.

► [Kontakt über das Büro von Mechthild Rawert: 72013884](mailto:Kontakt%20über%20das%20Büro%20von%20Mechthild%20Rawert%3A%2072013884)

EINE GLOSSE

VON ATHANASIOS VASSILIOU

Der Euro ist gerettet. Die Eurozone nachhaltig geschützt. Den Spekulanten und Hedgefonds, die gegen den Euro gewettet haben, ist das Handwerk gelegt worden. Die unregulierten Finanzmärkte und die Macht der Ratingagenturen sind beschnitten. Die Steuerflucht von reichen Europäern in Steueroasen gestoppt worden. Endlich, muss man sagen!

Eine Vorreiterrolle bei der Lösung dieser europäischen Probleme hat erwartungsgemäß Griechenland eingenommen. Das Land sah sich in der Pflicht, weil es mit 3% zum Eurozonen-Bruttoinlandsprodukt beiträgt und somit eine hohe Verantwortung trägt. Mit einer Hand voll simplen Maßnahmen haben die Hellenen entscheidend dazu beigetragen, das verlorene Vertrauen der Investoren in den Euroraum zurück zu gewinnen und den Bürger Europas geholfen, den Glauben an ihre Institutionen zu stärken.

Den griechischen Politikern und einem Dutzend Finanzexperten der Troika ist es zu verdanken, dass sich die

Der Euro ist gerettet!

Griechenland als Zugferd



schlimmsten Befürchtungen für den europäischen Finanzstandort nicht bewahrheitet haben. Glücklicherweise ist man ohne eine flächendeckende Finanztransaktionssteuer auskommen, die ja in der Vergangenheit von mehreren Kommunisten gefordert wurde. Gekonnt wurde auch die Regulierung von Leerverkäufen umschifft, genau wie die Gründung einer europäischen Ratingagentur. Freude kam bei allen Beteiligten auf, als

klar wurde, dass kein gemeinsames europäisches Steuerabkommen gegen Steuerflucht benötigt wird.

Hellas – Land der Zukunft

Die Gesetze, die von der semidemokratischen griechischen Einheitsregierung verabschiedet wurden, traten mit sofortiger Wirkung in Kraft. Konkret wurde der zu hohe Mindestlohn von 751 € auf 586 € gesenkt. Nach Abzug der üblichen Abga-

ben bleibt nun ein Nettoeinkommen von 489 €. Es sei darauf hingewiesen, dass unter den üblichen Abgaben keine Sozialabgaben zu verstehen sind. Mit der erfolgreichen Abschaffung des griechischen Sozialstaats konnten beachtliche Summen eingespart werden und an anderer Stelle effektiv und gewinnbringend für den Euroraum reinvestiert werden, wie zum Beispiel zur Stärkung des Bankensektors. Für unter 25-jährige Arbeitnehmer konnte die Troika einen Mindestlohn von 440 € Netto aushandeln. Ziel dabei ist es, wie beim Erasmus-Programm die Mobilität bzw. die Auswanderungsgedanken der jungen Generation zu fördern.

Eine logische Konsequenz war es deshalb auch, die staatlichen und betrieblichen Renten um 15% zu kürzen. Eine Studie brachte nämlich ans Tageslicht, was viele bereits vermuteten. Die Mobilität der jungen Generation wurde durch Finanzzuwendungen der Großeltern gehemmt. Ein Generationenkonflikt war vorprogrammiert.

Diesem für beide Seiten unerträglichen Zustand ist nun Einhalt geboten worden. Nun steht die Auswanderung als Option wieder allen Generationen offen.

15.000 ausgewählte Beschäftigte aus dem öffentlichen Sektor werden kurzfristig bis Ende des Jahres mehr Freizeit genießen dürfen. In den nächsten Jahren werden ihnen 150.000 Kollegen folgen. Der Beamtenstatus im öffentlichen Dienst wurde aufgehoben. Die unverständlichen und lästigen Tarifverträge wurden abgeschafft. Alle Arbeitnehmer freuen sich nun auf eine neue Form der Kurzarbeit. Befristete Dreimonatsarbeitsverträge stellen ein Novum dar.

Durch die Maßnahmen in Griechenland und die solidarische Art der Krisenbewältigung ist Europa gestärkt hervorgegangen. Es hat an politischem und wirtschaftlichem Gewicht gewonnen und hat somit bewiesen, dass es gegen alle Spekulanten der Welt standhalten kann. Europa sieht sich nun auf Augenhöhe mit den anderen großen Wirtschaftsräumen, wie Amerika und Asien. Der Euro ist gerettet. Die Eurozone nachhaltig geschützt. Die Zukunft kann kommen.

„Empathie und Freundlichkeit“

Harmonie e.V. leistet im Bezirk wichtige Integrationsarbeit – und braucht Hilfe

Harmonie e.V. ist eine Migranten-Selbsthilfeorganisation, die seit 1998 mit Menschen aus dem russischen Sprachraum arbeitet.

Der Verein hat sich zum Ziel gesetzt, eine rasche und nachhaltige Integration zu fördern, Beratung bei Anpassungsproblemen zu bieten sowie Kontakte zur einheimischen Bevölkerung zu schaffen. In Tempelhof-Schöneberg ist Harmonie e.V. ein wichtiger – und der einzige – Ansprechpartner für Aussiedler. **Marijke Höppner**, Sprecherin für Integrationspolitik der SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung, sprach mit **Larissa Neu** von Harmonie e.V.:

Marijke Höppner: An wen richten sich die Angebote von Harmonie e.V.?

Larissa Neu: Unser Angebot richtet sich an alle, die Hilfe suchen – sowohl Migranten als auch Einheimische. Kinder, Jugendliche und Erwachsene.

Wie kommen die Menschen zu Ihnen, die Ihre Einrichtungen besuchen?

Einige finden Informationen im Internet, andere sehen Flyer oder Medienberichte. Am häufigsten kommen Menschen aber durch »Mund-zu-Mund-Propaganda« zu uns, da der Verein einen sehr guten Ruf als zuverlässiger und kompetenter Partner hat.

Was erwartet Ihre Besucher und Besucherinnen, wenn sie das erste Mal durch die Tür treten?

Empathie, Kompetenz, Verständnis und Freundlichkeit.

Welche Ihrer Angebote sind bei den Besuchern und Besucherinnen besonders beliebt?

Verschiedene Kurse wie Deutsch – auch für Männer und Frauen getrennt, Englisch für Jugendliche, Hilfe bei der Erstellung von Bewerbungsunterlagen und Umgang mit den neuen Medien. Eine sehr große Resonanz hat unser Angebot für Kinder, mit dem wir sie bei der Persönlichkeitsentwicklung unterstützen.

Was sind die wichtigsten Anliegen Ihrer Besucher und Besucherinnen?

Die meisten haben Probleme mit Behörden oder erbitten Unterstützung bei der Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz.

Im Moment könnt Ihr allein durch die Vereinsbeiträge Eure Miete nicht aufbringen und bittet um Spenden. Was ist das besondere, unterstützenswerte an Harmonie e.V.?

Harmonie ist mittlerweile wie ein zweites zu Hause für unsere Besucher, Mitglieder und Mitarbeiter geworden. Jeder weiß und ist sich sicher, ihm wird hier geholfen. Das, was wir selbst nicht können, schaffen wir mit unse-



IM GESPRÄCH | Larissa Neu (links) und Marijke Höppner

FOTO: PRIVAT

ren Partnern und durch unsere Kontakte.

Was würden Sie Menschen, die sich überlegen Harmonie e.V. zu besuchen, mit auf den Weg geben?

Mut und Vertrauen!

Im Rahmen des Quartiersentwicklung Waldsassenerstraße wird Ihr Projekt »Begegnungen ermöglichen« gefördert. Worum geht es dabei?

Die Begegnungen zwischen Nachbarn, Einheimische und Migranten zu ermöglichen und zu fördern.

Inwiefern hat das Projekt den Menschen vor Ort geholfen?

Viele haben bei uns neue Freundschaften geschlossen, die Sprachbarriere hat sich reduziert und das Selbstbewusstsein von Menschen wurde gestärkt.

der Projektarbeit gestellt. Die 35 geschulten MultiplikatorInnen sind dafür sensibilisiert und werden sich in Zukunft für Toleranz und Akzeptanz sexueller Vielfalt einsetzen sowie für ein verständnisvolles und offenes Miteinander werben.

Inwiefern sind Folgeaktivitäten geplant?

Im Rahmen des Projekts »Schule der Vielfalt«, das aus dem Programm »Toleranz fördern, Kompetenz stärken« gefördert wird, werden wir Persönlichkeiten aus dem Bezirk suchen, die sich während der Nazizeit für homosexuelle Menschen eingesetzt haben. Die Lebensgeschichte einer Person wird verewigt auf unseren Fensterfronten. Wir möchte damit ein Zeichen setzen, dass wir uns für die Akzeptanz sexueller Vielfalt einsetzen. Daneben möchten wir damit die Aufmerksamkeit anderer Organisationen aus der ehemaligen Sowjetunion wecken, damit auch sie sich des Themas annehmen.

► integrationsverein-berlin.de

Spenden für »Harmonie e.V.«
Harmonie e.V.
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ: 100 205 00
Konto-Nr.: 0003252700
Verwendungszweck:
»Mietkosten 2012«
Gerne stellt Ihnen der Verein eine Spendenquittung aus.

FREIWILLIGENBÖRSE FEIERT GEBURTSTAG

Die Berliner Freiwilligenbörse feiert ihren fünften Geburtstag! Unter dem Motto »Engagement öffnet Welten« lädt der »Treffpunkt Hilfsbereitschaft« und das »Aktiv in Berlin - Landesnetzwerk Bürgerengagement« bereits zum fünften Mal ins Rote Rathaus ein.

An 100 Ausstellungsständen werden die vielfältigen Möglichkeiten zum freiwilligen, ehrenamtlichen Engagement vorgestellt. Interessierte können sich direkt vor Ort fach- und sachkundig beraten lassen, sich in einer Vielzahl von Angeboten zum bürgerschaftlichen Engagement umschauen, orientieren und informieren.



Die 5. Berliner Freiwilligenbörse bietet am 21.04.2012 von 11.00 bis 17.00 Uhr im Fest- und Wappensaal des Roten Rathauses alles, was das engagierte Herz begehrt.

Zusätzlich erwartet Sie ein kompetenter Lotsen-Service, ein Info- und Beratungsstand der Berliner Freiwilligenagenturen und das Catering-Angebot der Schülerfirma Mobilé der Stötzner Schule in der »Freiwilligenlounge« im schönen Säulensaal.

► berliner-freiwilligenboerse.de

Freiwillig – will ich!

»Freiwillige« springen in die Lücke der Ex-»Zivis«

Seit 50 Jahren ist das FSJ (Freiwilliges Soziales Jahr) ein Angebot für junge Menschen nach Erfüllung der Schulpflicht zwischen 16 und 27 Jahren, das einen echten Einblick in die Arbeitswelt ermöglicht und bei der Orientierung auf dem eigenen Lebensweg hilft.

Im FSJ kann sich jede/r praktisch ausprobieren und neue Erfahrungen sammeln, auch mit Menschen, die Hilfe brauchen. Es dauert in der Regel 12 Monate, kann aber auch individuell verkürzt oder verlängert werden.

Die Einsatzfelder sind zum Beispiel Seniorenheime, ambulante Pflegedienste, Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen, Kindertagesstätten, Horte, Kinderheime, Schulen, Krankenhäuser, Hospize. Damit verschafft das FSJ echte berufliche Arbeitserfahrungen und vermittelt Einblicke in unterschiedliche Berufsfelder. Die FSJler/innen sind in dieser Zeit sozialversichert und erhalten ein monatliches Taschengeld von 280 €. Außerdem gehören zum FSJ eine pädagogische und fachliche Betreuung sowie bildungsbezogene Seminare. Auch ein Einsatz im Ausland ist möglich.

Im Gegensatz zum FSJ ist der BFD (Bundesfreiwilligendienst) für Frauen und Männer jeden Alters und mit einer Dauer von 6 bis 18 Monate eine überwiegend praktische Hilfstätigkeit in Einrichtungen der Wohlfahrts-, Gesundheits- und Altenpflege – wie beim Freiwilligen Sozialen



MOTIVATION | So wirbt die AWO für den Bundesfreiwilligendienst FOTO: AWO

Jahr für junge Menschen –, aber auch bei der Kultur- und Denkmalpflege, beim Sport, beim Zivil- und Katastropheneinsatz und im Umwelt- und Naturschutz.

Es sollte grundsätzlich eine Vollbeschäftigung sein, aber auch Teilzeit ist möglich. Der BFD ist als freiwilliges Engagement ein unentgeltlicher Dienst mit einem Taschengeld bis zu einer Höchstgrenze von 336 € monatlich. Sozialversicherungsbeiträge werden von der jeweiligen Einsatzstelle gezahlt. Auch beim BFD wird die Arbeit pädagogisch begleitet mit dem Ziel, soziale, ökologische und kulturelle Kompetenzen zu vermitteln.

Leider ist der BFD vom zuständigen »Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben« für alle Träger gedeckelt und kontingentiert worden. Erst soll-te er mit aller Macht hochgefahren werden, und nun wird der Ausbau mitten im erfolgreichen Prozess gestoppt. Dennoch sollten und können sich Interessenten für den BFD und das FSJ mit Beginn 01.09.2012 ab sofort bewerben.

Der größte Träger in Berlin und Brandenburg und Ansprechpartner in Berlin in Sachen FSJ und BFD ist die Arbeiterwohlfahrt (AWO). EVA LIEBCHEN

► www.awo-freiwillig.de

Hindernisse lauern überall

Barrierefreiheit – eine Selbstverständlichkeit?

Wenn ein Mensch im Rollstuhl sitzt und die U-Bahn nicht benutzen kann, weil er die Treppen nicht hinunter kommt, dann liegt das nicht in erster Linie an seiner Behinderung, sondern daran, dass ihn die Bauweise des U-Bahnhofs behindert. Diese und andere Barrieren grenzen Menschen mit Behinderungen von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben aus.

Aber Barrierefreiheit ist nicht nur bei der Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs, des Bahn- und Luftverkehrs Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben, auch Wohnraum und alle öffentlichen Einrichtungen und Dienste wie Arztpraxen, Geschäfte, Behörden usw. müssen einfach zugänglich sein.

Die UN-Behindertenrechtskonvention, der sich Deutschland mit Unterschrift verpflichtet hat, fordert ein radikales Umdenken. Nicht der einzelne behinderte Mensch muss sich anpassen; stattdessen müssen sich die Strukturen ändern, so dass Menschen mit Behinderungen von Anfang an einbezogen und ihre Teilhaberechte geachtet werden. Diese Forderung bezieht sich nicht nur auf die Überwindung von baulichen Hürden für Körperbehinderte; das Ziel ist eine inklusive Gesellschaft, die keinen ausschließt. Der im vergangenen Jahr von der Bundesregierung vorgelegte Nationale Aktionsplan reicht aus Sicht der Betroffenen und

der Sozialverbände nicht aus.

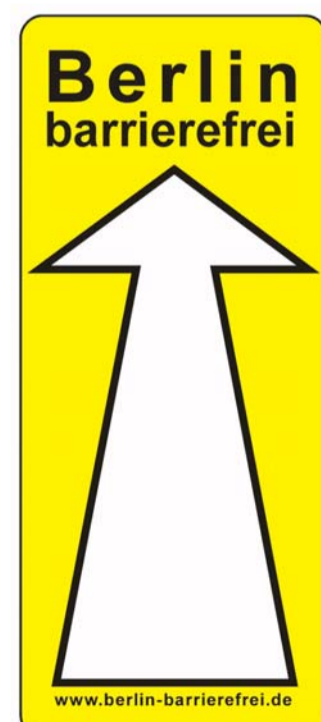
Der Weg in eine inklusive Gesellschaft beginnt früh. Darum sollen Kinder mit und ohne Behinderung dieselben Kindergärten und Schulen besuchen und gemeinsam – miteinander und voneinander – lernen. Auch der Übergang von der Schule in den Beruf, an die Hochschulen usw. muss durch frühzeitige Beratung und Begleitung weiter geöffnet werden. Das deutsche Bildungssystem ist von Inklusion noch weit entfernt. Es grenzt behinderte Kinder in großem Maße aus. Weit über 80% der behinderten Kinder lernen nicht an Regelschulen, sondern

werden auf Sonderschulen verwiesen. Deshalb müssen die Kommunen die Inklusion zum Leitbild ihrer Arbeit machen und jede/r von uns kann dabei mit konkreten Verbesserungsvorschlägen helfen.

Ein »Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderung« der Vereinten Nationen, dem 12 bis 18 ganz unterschiedliche Leute mit und ohne Behinderung, Männer und Frauen und aus verschiedenen Ländern angehören, will diese Rechte überwachen und verlangt alle 4 Jahre einen Bericht von der Bundesrepublik Deutschland und den anderen teilnehmenden Ländern über die Fortschritte bei der Umsetzung der Vereinbarung bzw. Begründungen, weshalb geplante Vorhaben bisher nicht umgesetzt werden konnten. Das wird in vielen Fällen an den fehlenden finanziellen Mitteln liegen. Aber: Eine Wohnung, die heute barrierefrei gebaut wird, muss später nicht mit Fördergeldern altengerecht umgebaut werden. Dieses Beispiel lässt sich auf viele Vorhaben anwenden. –

Im Sozialausschuss des Bezirks Tempelhof-Schöneberg hofft man darauf, dass gerade in der Gastronomie vermehrt barrierefreie Zugänge und Toiletten geschaffen werden. So ist man besonders stolz, dass es jetzt auch im Rathaus Schöneberg Toiletten gibt, die von Rollstuhlfahrer(inne)n mühelos besucht werden können. EVA LIEBCHEN

► www.berlin-barrierefrei.de



SIGNET | An ihm kann man in Berlin barrierefreie Einrichtungen erkennen.

Erinnerung an eine Widerständlerin

Eva-Maria Buch – Mitglied der Widerstandsorganisation »Rote Kapelle«

Die am 31. Januar 1921 in Berlin-Charlottenburg geborene Eva-Maria Buch zog Anfang der 30er Jahre mit ihren Eltern nach Tempelhof. Zuerst in die Friedrich-Franz-Str. 23 und etwa 1935 nach Mariendorf in den Hochfeilerweg 23 (heute 23a).

Die von ihr besuchte und von Ordensschwester geleitete Kreuzberger St. Ursula-Schule musste 1939 zwangsweise schließen, so dass sie ihre Schulzeit nicht mit dem Abitur abschließen konnte und eine Ausbildung zur Dolmetscherin begann.

Ursprünglich interessierte sie sich wenig für politische Probleme, aber geprägt durch ein katholisches Elternhaus und die Erziehung in einer konfessionellen Schule, erschütterte sie das menschliche Leid, dass die nationalsozialistische Diktatur und der Krieg verursachten. Mehr zufällig traf sie durch ihre neben dem Sprachenstudium notwendige Tätigkeit in der bekannten Gsellius'schen Buch-Antiquar- und Globenhandlung in der Mohren- / Ecke Friedrichstraße auf Wilhelm Guddorf. Er war Mitglied der Widerstandsorganisation »Rote Kapelle«, in



EVA-MARIA-BUCH-HAUS | Blick in die kleine Dauerausstellung FOTO: EVA LIEBCHEN

der sie bald mitarbeitete. Sie übersetzte hauptsächlich Artikel einer für ausländische Zwangsarbeiter bestimmten illegalen Zeitung und half bei deren Verbreitung. Im Oktober 1942 flog die Gruppe auf, und Eva-Maria Buch wurde verhaftet. Wie fast alle anderen Mitglieder der Widerstandsgruppe wurde auch sie vor dem 2. Senat des Reichs-

kriegsgerichts 1943 nach einem dreitägigen Prozess wegen »Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens und Feindbegünstigung« zum Tode durch das Fallbeil verurteilt.

Als Beweismaterial diente ein von ihr ins Französische übersetzter Artikel, der für Zwangsarbeiter deutscher Rüstungsbetriebe bestimmt war. Die Ar-

beiter, so die Aussage des Flugblatts, sollten immer daran denken, dass es ihre eigenen Angehörigen seien, die von den durch sie gefertigten Bomben zerrissen würden. Um andere vor der Verhaftung zu schützen, behauptete Eva-Maria Buch vor Gericht, diesen Artikel auch selbst verfasst zu haben. In der Urteilsbegründung hieß es, sie habe die Verschlagenheit einer Katholikin und die Staatsfeindlichkeit einer Kommunistin gezeigt. Ein Gnadengesuch ihrer Eltern hatte keinen Erfolg. Hitler persönlich lehnte es ab. Am 5. August 1943 wurde das Urteil im Gefängnis Plötzensee vollstreckt. Eva-Maria Buch wurde 22 Jahre alt.

Die Tempelhofer Bürgerinnen und Bürger haben im Gedenken an sie 1993 zu ihrem 50. Todestag die Stadtbibliothek in der Götzstr. 8 nach ihr benannt. Im Vorraum der Bibliothek erinnert eine ständige kleine Ausstellung (siehe Foto) an eine mutige Berlinerin aus Tempelhof. Diese Bibliothek, das Eva-Maria-Buch-Haus, wurde im neuen Bezirk Tempelhof-Schöneberg die Bezirkszentralbibliothek.

EVA LIEBCHEN

Berlin - Mersin

Bezirk beschließt neue Städtepartnerschaft

Gleich in der ersten Sitzung des Jahres 2012 hat die Bezirksverordnetenversammlung von Tempelhof-Schöneberg mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Unterstützung von Piraten und Linken die Städtepartnerschaft des Bezirks mit der türkischen Mittelmeermetropole Mersin beschlossen.

„Es wurde Zeit, dass Tempelhof-Schöneberg endlich freundschaftliche Kontakte zu einer türkischen Kommune pflegt“, so die Vorsitzende des Kulturausschusses Melanie Kühnemann.

Nach Angaben des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg lebten Mitte 2011 etwa 176.000 Menschen mit türkischem Migrationshintergrund in Berlin, davon etwa 22.300 in Tempelhof-Schöneberg.

„Wir freuen uns besonders, dass der Bezirk bei der Pflege der Partnerschaft auf die Kontakte des Freundschaftsvereines Berlin-Mersin e.V. zurückgegriffen werden kann, der schon über langjährige Beziehungen mit der Verwaltung und zu zivilgesellschaftlichen Gruppen in der Stadt besitzt“, so Melanie Kühnemann.

Der Beginn der Zusammenarbeit könnte zunächst einen Austausch auf Ebene der Verwaltungen, Kultur und zwischen Jugendlichen umfassen. Die Zusammenarbeit mit dieser türkischen Gemeinde könnte dabei helfen, die vielfältigen vorhandenen Beziehungen zur türkischen Gemeinschaft im Bezirk zu verbessern und einen zusätzlichen Beitrag zu gegenseitigem Verständnis und Toleranz leisten. Insofern stellt die Zusammenarbeit mit Mersin eine sinnvolle Ergänzung zu den bereits bestehenden Städtepartnerschaften dar. Mersin, am östlichen Mittelmeer gelegen, ist eine moderne Großstadt. Der Austausch zwischen Mersin und dem Bezirk Tempelhof-Schöneberg könnte daher auch dazu beitragen, im Bezirk ein modernes Türkei-Bild zu kommunizieren.

Neben den sieben deutschen Partnerstädten unterhält der Bezirk Partnerschaften zu den Städten Amstelveen (NL), Barnet (UK), Charenton le Pont, Levallois Perret (beide F), Koszalin (PL) und Nahariya (Israel).

► www.berlin-mersin.de

AUFGETISCHT | VON DANIEL BEHRENDT

Auch Politiker kochen nur mit Wasser – dafür ganz schön lecker. Dieses Mal: Daniel Behrendt, Bezirksverordneter in Tempelhof-Schöneberg und schulpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

Soljanka

Wahrscheinlich ist keine Soljanka mit der anderen vergleichbar, denn was sie besonders ausmacht ist ihre individuelle Zubereitung.

Grundbestandteile der »Soljanka«, wie sie bis Ende des 19. Jahrhunderts hieß, waren früher »Schtschi« und »Rassolnik«, also Kraut und saure Sahne sowie Salzgurken und Gurkenbrühe.

Abgeleitet ist der Name Soljanka übrigens von dem russischen *sel'skij*, was soviel wie »vom Land« oder »ländlich« bedeutet. Und ländlich bedeutete, dass da alles rein darf, was es auf dem Land eben so gibt. Betrachten Sie meinen Rezeptvorschlag also nur als ein Beispiel und variieren Sie selbst – je nachdem, was sich noch in Ihrem Kühlschrank befindet und was ihre Geschmacksknospen aufblühen lässt.

Grundsätzlich können Sie zwischen Soljanka mit Fleisch/Wurst, Pilzen oder Fisch unterscheiden. Ich persönlich bevorzuge die Wurstsoljanka.

DIE ZUTATEN

- ca. 500 gr. verschiedener Wurstsorten, am besten ein Teil Salami und Jagdwurst
- 250 gr. Schinkenspeckwürfel
- 4 große Zwiebeln (Ich bevorzuge rote Zwiebeln, dann 5)
- 4 Knoblauchzehen
- ausreichend Tomatenmark (mind. 200 gr.)
- 6 große Gewürzgurken und mit dem Gurkenwasser
- 1-2 Lorbeerblätter
- saure Sahne
- Brühe (oder Brühwürfel)
- 1 EL Senf
- 2 EL Olivenöl

DIE ZUBEREITUNG

1 | Die Jagdwurst und die Salami werden in Würfel oder in dünne Streifen geschnitten. Die Zwiebeln werden zu Ringen geschnitten, die sauren Gurken in schräg geschnittene längliche Scheiben. Der Knoblauch wird zerdrückt. Mit ca. 1 bis 1 1/2 Litern heißem Wasser und einem Brühwürfel setzen wir eine fetthaltige Brühe an.

2 | Zuerst werden die Speckwürfel in einem ausreichend großen Topf in wenig Olivenöl angebraten, danach kommt die Jagdwurst hinzu, die Salami erst, wenn die Jagdwurst und der Speck gut angebraten sind. Dann Zwiebelringe und Knoblauch hinzufügen.

3 | Sobald die Zwiebeln glasig sind, geben wir das Gurkenwasser, die Gurkenscheiben und das Tomatenmark in den Topf und verrühren das ganze ordentlich. Nun ist es auch Zeit, Senf und Lorbeer hinzuzufügen und ggf. mit weiteren Gewürzen – je nach eigenem Gusto – abzuschmecken. Zum Schluss gießen wir mit der angesetzten Brühe auf und lassen die Soljanka ca. 20 bis 30 Min. auf niedriger Flamme köcheln.

Am besten schmeckt die Soljanka, wenn man sie erst am nächsten Tag wieder aufgewärmt hat und sie portionsweise jeweils mit einem Klecks der sauren Sahne versehen serviert. Dazu: frisches, knuspriges Schwarz- oder Graubrot.

Guten Appetit oder Приятного аппетита! [priyatnogo appetita]



Daniel Behrendt

»Pallasseum-Portraits«

In dem Ende der 1970er-Jahre im Schöneberger Norden errichteten »Pallasseum«, das mitunter als sozialer Brennpunkt in die Schlagzeilen geriet, treffen rund 2.000 Menschen zahlreicher Kulturen, Religionen und sozialer Schichten auf engstem Raum aufeinander.



Mehrere Wochen lang haben sich 2011 die fünf Fotografen Norman Behrendt, Ole Jenssen, Carolin Meyer, Tobias Morawski

und Szilvia Sztankovits den Bewohnern des »Pallasseums« gewidmet und über das Angebot, ihnen professionelle Bilder zu eigenem Gebrauch als Gegenleistung zu bieten, hunderte von Porträts anfertigen können.

Darauf sind Frauen, Männer und Kinder aus allen Altersklassen und Kulturkreisen zu sehen, die im Gebäude leben und arbeiten. Es entstand eine Sammlung von Porträts, welche die bunte Vielfalt der dort lebenden Menschen verdeutlicht.

Mit ihrer einheitlichen Ästhetik stellen die Fotografien die Porträtierten auf ein und dieselbe Ebene. Durch diese Betrachtungsweise nivellieren sich die vordergründigen Unterschiede und geben jedem Einzelnen die gleichberechtigte Aufmerksamkeit, die ihm zusteht.

Eine Auswahl der Arbeiten ist in der Ausstellung »Pallasseum Portraits« vom 6. bis 28.04. im Rathaus Schöneberg zu sehen.

Freundschaft – jenseits von »Merkozy«

Das Gespann Merkel-Sarkozy macht viele glauben, dies sei die deutsch-französische Freundschaft: Deutschland und Frankreich geben zusammen den Ton in Europa an und diktieren den wirtschaftlich schwächeren EU-Partnern, was in der Euro-Krise zu tun ist.

Die Sozialdemokraten in Tempelhof-Schöneberg leben die deutsch-französische Freundschaft ganz anders. Seit nunmehr drei Jahren besteht ein Partnerschaftsabkommen auf Bezirksebene mit der PS – Parti Socialiste des 17. Bezirks im nördlichen Paris.

Auch wir diskutieren die Eurokrise, aber unser Hauptinteresse gilt dem Zusammenleben der Menschen im Kiez der beiden Metropolen. Wir suchen

den direkten Kontakt: Unsere Besucher werden privat untergebracht und bei uns kann jeder mitmachen, der am Pariser Leben interessiert ist. Bei unseren Rundgängen und Besichtigungen im Bezirk kann jeder dazu stoßen, bei unseren Diskussionen sind alle Meinungen willkommen.

Austausch über Probleme und Chancen

Unsere Besucher aus Paris waren bei ihrem Besuch im Februar dieses Jahres besonders interessiert, wie wir mit sozialen Problemlagen wie im Schöneberger Norden umgehen. Seit in Paris die Vorstädte brannten, versucht man dort auch im Kiez vor Ort das bürgerschaftliche Engagement zu stärken. Jedes Quartier in Paris hat seinen

PETRA RUDOLPHI-KORTE

Wo kommen die kleinen Osterhasen her?



Quartiersrat, besetzt mit Bürgern, benannt gemäß dem Parteienproporz.

Unsere Besucher diskutierten das Berliner »Quartiersmanagement« ausführlich mit den ehrenamtlich Aktiven vor Ort in der Pallasstraße. Wie entstehen Projekte wie die Kochschule Palladin oder das Café Kaffeeklatsch im Pallasseum? Die Konzentration von Engagement und finanziellen Mitteln auf die Brennpunkte des Bezirks ist ein

erfolgreicher Ansatz in Berlin, den die Pariser für vorbildlich halten.

Ganz anders dagegen unser Thema »Stadtumbau« am Beispiel des Tempelhofer Feldes. Hier haben die Pariser im 17. Bezirk das Großprojekt »Clichy-Batignolle« auf einem ehemaligen Güterbahnhofsgelände bereits weit vorangetrieben. Ein zentraler Park mit Sport und Spielstätten, Schulen und Randbebauung haben Vorbildcharakter für das ehemalige Flughafengelände.

Der Besuch unserer Freunde im kalten Februar hat gezeigt: Die deutsch-französische Freundschaft erträgt auch durchaus Minus-Grade.

MICHAEL RADELOFF

► Kontakt: m.radeloff@t-online.de



Das Logo der »Parti Socialiste«